

Monatsbericht des BMF Oktober 2011





Monatsbericht des BMF Oktober 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Finanzwirtschaftliche Lage	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
· ·	
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
Termine, Publikationen	
Analysen und Berichte	35
Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und der	m
und Weltbank	
Statistiken und Dokumentationen	57
Übersichten und Crafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	50
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
remination and desamitable performance and property of the pro	JT

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Staats- und Regierungschefs und die Finanzminister des Euro-Währungsgebiets bringen gegenwärtig eine ganze Reihe von umfassenden Reformprojekten auf den Weg, um unsere gemeinsame Währung zu stabilisieren und dauerhaft krisenfest zu machen. Zwei der wichtigsten Reformmaßnahmen haben im vergangenen Monat im Bundestag Zustimmung erhalten und können umgesetzt werden.

Neben der Ertüchtigung und Flexibilisierung des Euro-Schutzschirms stehen insbesondere neue Regeln und eine verschärfte Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken in den einzelnen Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Gesamtstrategie zur Stabilisierung des Euro. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt konnte in seiner bisherigen Form die Staatsschuldenkrise im Euroraum nicht verhindern. Es wurde daher eine umfassende Reform auf den Weg gebracht, um für die Zukunft sicherzustellen, dass mehr Budgetdisziplin nicht nur gefordert, sondern auch tatsächlich durchgesetzt wird. Die neuen Regeln erhöhen den Druck, eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten sicherzustellen, die der gemeinsamen Verantwortung für die Wirtschafts- und Währungsunion Rechnung trägt. Die verschiedenen – insgesamt sechs – europäischen Gesetzgebungsmaßnahmen, die insbesondere die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und ein neues Überwachungsverfahren für gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte auf den Weg bringen, stehen durch eine Einigung des Europäischen Parlaments mit dem Rat der Europäischen Union vor dem Abschluss und werden noch vor Jahresende in Kraft treten.

Vom 22. bis 24. September 2011 fanden die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie ein Treffen der Finanzminister



und Zentralbankgouverneure der G20 statt.
Außerdem trafen sich erstmals die G20Finanz- und -Entwicklungsminister zu einem
Austausch über Entwicklungshilfe- und
Klimaschutzfinanzierung. Die Diskussionen
standen im Zeichen der derzeitigen
Herausforderungen des Euroraums sowie der
hohen Staatsschulden in den USA und anderen
Industrieländern. Von der Jahrestagung ging
ein deutliches Signal aus, dass die Welt zu
einem gemeinsamen Handeln entschlossen
ist, um Marktvertrauen zurückzugewinnen
und Wirtschaftswachstum zu stärken. Somit
gibt es trotz der unverkennbaren Risiken große
Hoffnung, die Krise erfolgreich zu meistern.

Der Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik wurde bei den Treffen bestätigt. Der IWF und seine Mitglieder haben eine entschlossene und zeitnahe Umsetzung der in vielen Industrieländern notwendigen Haushaltskonsolidierung als zentrale Maßnahme erkannt. Deutschland unterstrich, dass Fiskalkonsolidierung keine Gefahr für die wirtschaftliche Erholung sein muss. Vielmehr ist Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte erst die Voraussetzung dafür. Wachstumsfördernde strukturelle Maßnahmen sollten den Konsolidierungspfad begleiten.

Die Vereinfachung des Steuerrechts und die Modernisierung des Besteuerungsverfahrens sind wesentliche Politikschwerpunkte der Bundesregierung. Mit dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum Steuervereinfachungsgesetz 2011

□ Editorial

am 23. September ist ein wichtiger Schritt zur gesetzlichen Umsetzung dieses Politikschwerpunkts vorgelegt worden. Hauptaugenmerk wurde auf einkommensteuerrechtliche Regelungen gelegt. Vereinfachungsmaßnahmen sollen vor allem dort wirken, wo das Vereinfachungspotenzial besonders hoch ist: beim Aufwand für die Einkommensteuererklärung. Die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags, die Vereinfachungen beim Abzug von Kinderbetreuungskosten und beim Familienleistungsausgleich sowie die Neuordnung des Veranlagungswahlrechts bei Ehegatten vereinfachen die Steuerpraxis für alle Beteiligten deutlich.

Weitere Maßnahmen liegen im Abbau steuerbürokratischer Belastungen und in der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens, wozu insbesondere der weitere Ausbau der elektronischen Kommunikation mit dem Finanzamt zählt. So wurden durch Gleichstellung von Papier- und elektronischer Rechnung im Umsatzsteuerrecht die bisher sehr hohen Anforderungen an elektronisch übermittelte Rechnungen erheblich herabgesetzt und liberalisiert, was die Wirtschaft von Bürokratiekosten in Höhe von rund 4 Mrd. € entlastet. Dazu gehört aber auch die schrittweise Bereitstellung einer elektronischen vorausgefüllten Einkommensteuererklärung als freiwillig nutzbares Serviceangebot der Steuerverwaltung. Im Steuervereinfachungsgesetz 2011 wurden weitere Zielmarken auf dem Weg zu einem einfacheren Steuerrecht festgelegt. Diese betreffen das Unternehmensteuerrecht.

das steuerliche Reisekostenrecht sowie die weitere Harmonisierung lohnsteuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften.

Zur Berechnung der zutreffenden Lohnsteuer benötigt der Arbeitgeber für jeden Arbeitnehmer steuerrelevante Informationen, beispielsweise die Angabe der Steuerklasse, eventuelle steuerliche Freibeträge oder für die Erhebung der Kirchensteuer die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Seit 1925 wurden diese Informationen auf der Vorderseite der Lohnsteuerkarte aufgedruckt, die der Arbeitnehmer jährlich von seiner Gemeinde erhielt und an den Arbeitgeber weitergab. Die Weitergabe dieser Informationen auf einer jährlich auszutauschenden Papierkarte ist jedoch nicht mehr zeitgemäß. Die Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte mit dem sogenannten ELStAM-Verfahren ab dem 1. Januar 2012 wird die Praxis des Lohnsteuerabzugs in Deutschland entscheidend modernisieren. Ziel ist es. die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Finanzamt zu erleichtern und sie individuell, papierlos und sicher zu organisieren. Durch ELStAM wird zudem erheblicher finanzieller und organisatorischer Aufwand bei den Gemeinden, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern eingespart.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

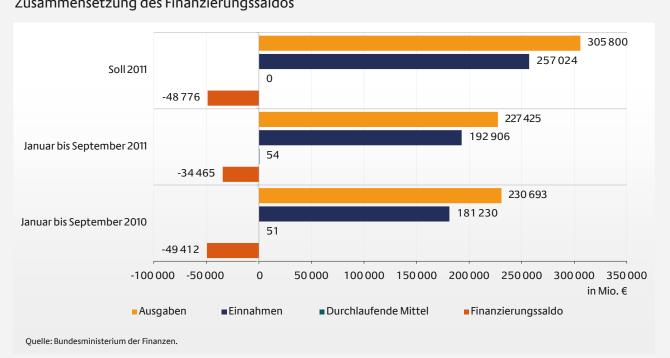
Mit 227,4 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich September 2011 um - 3,3 Mrd. € (-1,4%) unter dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die niedrigeren kumulierten Gesamtausgaben im Vergleichszeitraum resultieren hauptsächlich aus geringeren

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2010	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis September 2011
Ausgaben (Mrd. €)	303,7	305,8	227,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-1,4
Einnahmen (Mrd. €)	259,3	257,0	192,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+6,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	226,2	229,2	174,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+10,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-44,3	-48,8	-34,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-8,1
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-44,0	-48,4	-26,2

¹Buchungsergebnisse.





FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	Sc	oll	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	10	20) 11	Januar bis September 2010	Januar bis September 2011	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	III /o
Allgemeine Dienste	54 227	17,9	55 490	18,1	39 201	39 159	-0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	1,9	6 149	2,0	4 246	3 969	-6,
Verteidigung	31 707	10,4	32 147	10,5	23 046	22884	-0,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	2,1	6376	2,1	4 454	4798	+7,
Finanzverwaltung	3 727	1,2	4166	1,4	2 706	2716	+0,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	4,9	16 933	5,5	9 733	10 789	+10,
BAföG	1 382	0,5	1 544	0,5	1 057	1 225	+15,
Forschung und Entwicklung	8 940	2,9	9 471	3,1	5 242	5 692	+8,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,	163 431	53,8	160 005	52,3	126 454	121 688	-3,
Wiedergutmachungen							
Sozialversicherung	78 046	25,7	77 655	25,4	63 979	63 577	-0,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	2,6	13 446	4,4	7 717	5 481	-29,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	11,8	34 190	11,2	26 897	24739	-8
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	7,3	20 400	6,7	17 076	14808	-13
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	1,1	3 600	1,2	2 440	3 679	+50
Wohngeld	881	0,3	679	0,2	673	592	-12
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	1,5	4389	1,4	3 488	3 626	+4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	0,6	1 748	0,6	1 550	1 3 6 3	-12,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	0,4	1 580	0,5	738	854	+15,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	0,7	2 098	0,7	1 200	1 276	+6,
Wohnungswesen	1 3 5 6	0,4	1 353	0,4	960	1 058	+10
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	1,9	6 497	2,1	3 766	3 854	+2,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	0,3	740	0,2	410	493	+20
Kohlenbergbau	1319	0,4	1 350	0,4	1 319	1 3 3 7	+1,
Gewährleistungen	805	0,3	1 770	0,6	514	582	+13
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3,9	11 735	3,8	7 340	7 449	+1,
Straßen (ohne GVFG)	6341	2,1	5 926	1,9	3 710	3 606	-2,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	5,3	15 999	5,2	11 550	11 898	+3,
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	1,7	5 283	1,7	3 737	3 598	-3,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	1,4	3 877	1,3	2 758	2712	-1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	11,3	35 462	11,6	30 712	30 460	-0,
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	29813	29 828	+0,
Ausgaben zusammen	303 658	100,0	305 800	100,0	230 693	227 425	-1,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung (-4,8 Mrd. €). Dem stehen Ausgabensteigerungen gegenüber, die allein im Bereich der Bildungs- und Forschungsausgaben sowie bei den kulturellen Angelegenheiten eine Summe von +1,1 Mrd. € erreichen.

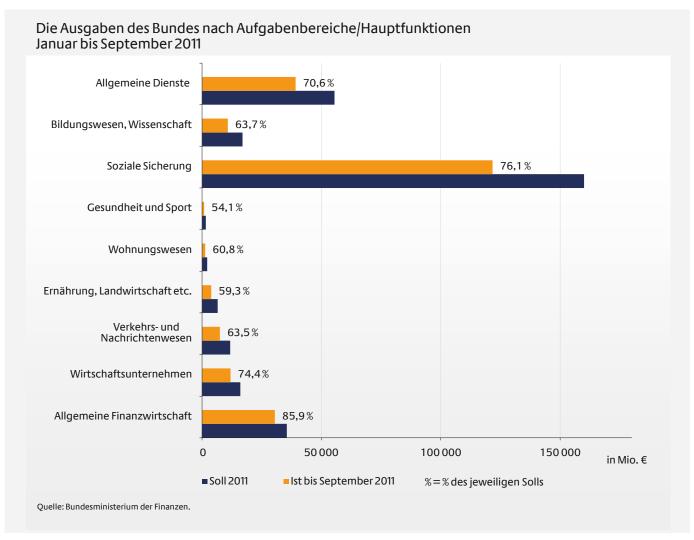
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 192,9 Mrd. € bis einschließlich September um 11,7 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 6,4%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 174,9 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 16,1 Mrd. € (+ 10,1%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 18,0 Mrd. €

um 19,6 % unter dem Ergebnis bis einschließlich September 2010. Hauptursache hierfür sind die einmaligen Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen im Haushalt 2010.

Finanzierungssaldo

Aus dem aktuellen Finanzierungssaldo Ende September in Höhe von - 34,5 Mrd. € lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Nettokreditaufnahme ziehen. Nach Abschluss des 3. Quartals wächst jedoch die Erwartung, dass die tatsächliche Neuverschuldung gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushalts mit einer Neukreditaufnahme von 48,4 Mrd. € deutlich unter 30 Mrd. € liegen und sich in Richtung einer Halbierung entwickeln dürfte.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

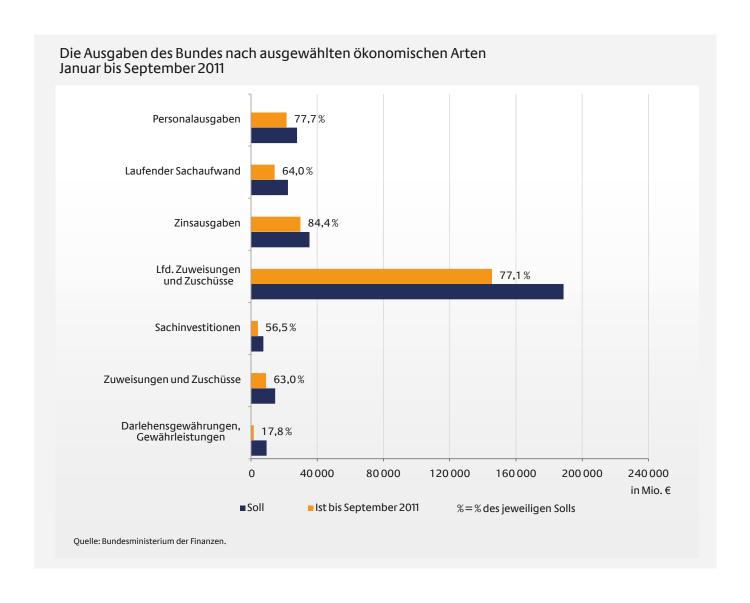
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entw	vicklung	11.1.291.2	
	20	10	20	11	Januar bis September 2010	Januar bis September 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		111 /0	
Konsumtive Ausgaben	277 581	91,4	274 627	89,8	214 607	211 617	-1,4	
Personalausgaben	28 196	9,3	27 799	9,1	21 516	21 587	+0,3	
Aktivbezüge	21 117	7,0	20 749	6,8	15 851	15 876	+0,2	
Versorgung	7 0 7 9	2,3	7 050	2,3	5 665	5 712	+0,8	
Laufender Sachaufwand	21 494	7,1	22 336	7,3	14 189	14 293	+0,7	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	0,5	1 350	0,4	1 018	1 031	+1,3	
Militärische Beschaffungen	10 442	3,4	10 429	3,4	6 683	6 394	-4,3	
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	3,1	10557	3,5	6 487	6 8 6 8	+5,9	
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	29 813	29 828	+0,1	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	64,0	188 756	61,7	148 719	145 588	-2,1	
an Verwaltungen	14114	4,6	15 094	4,9	10 473	11 928	+13,9	
an andere Bereiche	180 263	59,4	173 662	56,8	138 457	133 755	-3,4	
darunter:								
Unternehmen	24212	8,0	25 056	8,2	17 398	17 701	+1,7	
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	9,8	28 159	9,2	22 847	20 552	-10,0	
Sozialversicherungen	120831	39,8	114657	37,5	94317	91 627	-2,9	
Sonstige Vermögensübertragungen	406	0,1	394	0,1	370	321	-13,2	
Investive Ausgaben	26 077	8,6	32 330	10,6	16 086	15 808	-1,7	
Finanzierungshilfen	18 417	6,1	24 831	8,1	11 680	11 570	-0,9	
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	4,9	14581	4,8	9 2 8 4	9 180	-1,1	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	0,9	9 444	3,1	1 651	1 682	+1,9	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	0,3	806	0,3	745	708	-5,0	
Sachinvestitionen	7 660	2,5	7 499	2,5	4 406	4 238	-3,8	
Baumaßnahmen	6 2 4 2	2,1	6014	2,0	3 652	3 630	-0,6	
Erwerb von beweglichen Sachen	916	0,3	910	0,3	497	472	-5,0	
Grunderwerb	503	0,2	576	0,2	258	136	-47,3	
Globalansätze	0	0,0	-1 158	-0,4	0	0		
Ausgaben insgesamt	303 658	100,0	305 800	100,0	230 693	227 425	-1,4	

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich September 2011 sind 17,1 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 8,2 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,9 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



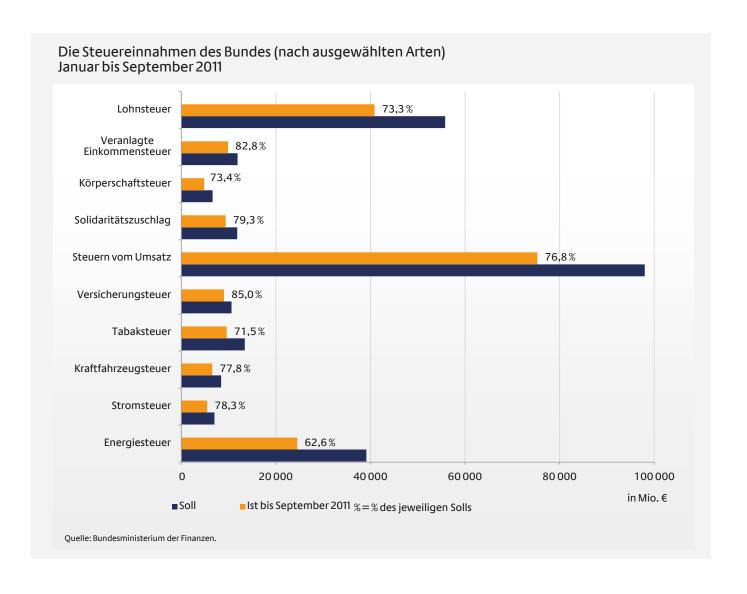
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t	Sol	I	Ist - Entw	/icklung	I I a I a d'Albada a
	201	10	201	11	Januar bis September 2010	Januar bis September 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in% in Mio. € Anteil in%		in Mi	in%	
I. Steuern	226 189	87,2	229 164	89,2	158 813	174 895	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	70,0	184 183	71,7	130 546	142 466	+9,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	32,5	84791	33,0	59 533	66 336	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	21,1	55 781	21,7	37 457	40 887	+9,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	5,1	11 921	4,6	9 841	9874	+0,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	2,5	6 8 9 5	2,7	5 490	7 852	+43,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	1,5	3 569	1,4	3 060	2 858	-6,
Körperschaftsteuer	6 021	2,3	6 6 2 5	2,6	3 684	4864	+32
Steuern vom Umsatz	95 860	37,0	97 985	38,1	70 333	75 289	+7
Gewerbesteuerumlage	1 287	0,5	1 407	0,5	679	841	+23
Energiesteuer	39 838	15,4	39 142	15,2	24213	24517	+1
Tabaksteuer	13 492	5,2	13 440	5,2	9 397	9 6 1 1	+2
Solidaritätszuschlag	11 713	4,5	11850	4,6	8 571	9 401	+9
Versicherungsteuer	10 284	4,0	10620	4,1	8 665	9 032	+4
Stromsteuer	6 171	2,4	7 0 3 0	2,7	4 631	5 508	+18
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	3,3	8 445	3,3	6 5 9 2	6570	-0
Kernbrennstoffsteuer	-	-	2 300	0,9	-	875	
Branntweinabgaben	1 993	0,8	1 963	0,8	1 455	1 598	+9
Kaffeesteuer	1 002	0,4	1 030	0,4	747	759	+1
Luftverkehrsteuer	-	-	1 000	0,4	-	622	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-5,0	-12 159	-4,7	-9 731	-9 240	-5
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-7,0	-21 870	-8,5	-13 326	-13 850	+3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-0,7	-2 300	-0,9	-1 379	-1 351	-2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 877	-2,7	-6980	-2,7	-5 158	-5 235	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,5	-8 992	-3,5	-6744	-6744	+0
II. Sonstige Einnahmen	33 105	12,8	27 860	10,8	22 416	18 012	-19
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	1,7	5 5 6 5	2,2	4 132	3 669	-11
Zinseinnahmen	385	0,1	512	0,2	289	386	+33
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	1,7	4247	1,7	3 363	3 147	-6
Einnahmen zusammen	259 293	100,0	257 024	100,0	181 230	192 906	+6

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2011 im Vorjahresvergleich um + 7,3 % und damit wieder dynamischer gestiegen als im Vormonat (+ 4,0 %). Der Bund erzielte mit + 9,6 % einen stärkeren Zuwachs als die Länder (+ 5,9 %), u. a. weil die Bundessteuern um + 4,8 % zulegten, während die Ländersteuern mit - 2,6 % das Vorjahresergebnis unterschritten. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern mit einem Aufkommensanstieg von + 8,1% bei.

Das kumulierte Aufkommen von Januar bis September 2011 überschritt das Aufkommen im Vergleichszeitraum insgesamt um + 8,6 % (Bund: +10,3 %).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer übertrafen das Vorjahresniveau um + 9,6 %. Die aus dieser Steuerart zu leistenden Kindergeldzahlungen gingen entsprechend dem Trend leicht um - 0,5 % zurück. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um + 7,1% und dokumentiert die nach wie vor hervorragende Verfassung des Arbeitsmarkts.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer weist eine positive Abstandsrate von + 2,3 % zum Vorjahresmonat aus. Dabei erreichten zwar die Vorauszahlungen Rekordniveau, doch dämpfte der deutliche Rückgang der Nachzahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume den Aufkommenszuwachs.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat September 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 39,9 % erhöht. Ursächlich sind insbesondere erheblich höhere Vorauszahlungen für das laufende Jahr, die allerdings noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben. Die Auszahlungen von Altkapitalguthaben nach § 37 KStG, die alljährlich zum 30. September fällig werden, sind leicht um + 0,1 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € gestiegen und bewegen sich somit auf dem erwarteten Niveau.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto wurde das Vorjahresniveau mit + 24,8 % deutlich übertroffen. Dabei gingen die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern um - 72,6 % zurück, was zu einem Zuwachs des Kassenaufkommens von + 55,2 % beitrug. Von Januar bis September 2011 lag das Kassenaufkommen um + 43,0 % über dem Vorjahreswert.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sind um - 35,7% gesunken. Dieser Rückgang erklärt sich jedoch fast ausschließlich aus der Verzögerung von Zahlungseingängen infolge EDV-technischer Umstellungen in einem aufkommensstarken Bundesland. Das Oktober-Ergebnis wird entsprechend höher ausfallen.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat September 2011 das Vorjahresniveau um + 5,1%. Während die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um + 13,9% nochmals unerwartet kräftig anstiegen, lag das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer lediglich + 1,2% über dem Vorjahresergebnis.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im September 2011 einen Zuwachs um + 4,8 %. Hierzu trugen insbesondere die Entwicklungen beim Solidaritätszuschlag (+ 9,1%), bei der Stromsteuer (+ 3,5 %), bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 2,3 %) und bei der Tabaksteuer (+ 0,5 %) bei. Die Energiesteuer musste insgesamt Einbußen von - 5,6 % hinnehmen, die insbesondere aus den

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 400	+9,6	100 212	+9,9	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	8 567	+2,3	23 232	+0,3	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	709	+55,2	15 705	+43,0	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	233	-35,7	6 496	-6,6	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	3 345	+39,9	9 728	+32,0	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	15 605	+5,1	140 641	+6,4	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	1	-89,9	2 0 3 1	+23,7	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-81,5	1 762	+20,8	3 026	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	38 862	+8,1	299 806	+9,0	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 309	-5,6	24517	+1,3	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 181	+0,5	9 611	+2,3	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	203	+23,2	1 597	+9,9	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	507	-6,0	9 032	+4,2	10 920	+6,2
Stromsteuer	576	+3,5	5 508	+18,9	6980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	657	+2,3	6 5 7 0	-0,3	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	93	Х	622	Х	940	×
Kernbrennstoffsteuer	325	Х	875	Х	1 700	×
Solidaritätszuschlag	1 388	+9,1	9 401	+9,7	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	120	+1,0	1 116	+3,0	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	8 359	+4,8	68 849	+6,6	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	332	-13,2	3 3 3 9	+2,8	4 670	+6,0
Grunderwerbsteuer	543	+7,9	4 600	+19,0	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	102	-17,3	1 077	+2,3	1 415	+0,2
Biersteuer	65	+8,7	535	-2,3	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	25	-6,3	294	+15,5	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	1 068	-2,6	9 844	+9,8	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	461	+12,8	3 3 7 9	+5,6	4 5 4 0	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	150	-1,8	1 351	-2,1	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	1 539	-1,4	13 850	+3,9	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	2 150	+1,3	18 580	+3,8	26 620	+9,2
Bund ³	22 902	+9,6	176 633	+10,3	237 385	+5,1
Länder ³	20 513	+5,9	164 562	+7,6	217 272	+3,4
EU	2 150	+1,3	18 580	+3,8	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 185	+5,5	22 103	+7,2	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	48 750	+7,3	381 879	+8,6	510 384	+4,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^{\}rm 2}$ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM AUGUST 2011

Mindereinnahmen bei der Energiesteuer auf Heizöl (- 5,9 %) und der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs (- 6,0 %) resultieren. Auch die Versicherungsteuer unterschritt das Vorjahresniveau um - 6,0 %. Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden im September Einnahmen in Höhe von 325 Mio. € erzielt (kumuliert 875 Mio. €). Das Aufkommen der Luftverkehrsteuer (93 Mio. €; kumuliert 622 Mio. €) bleibt auch im September auf hohem Niveau. Insgesamt konnten die Bundessteuern im bisherigen Jahresverlauf Mehreinnahmen in Höhe von + 6,6 % verbuchen.

Die reinen Ländersteuern mussten im Berichtsmonat Mindereinnahmen von - 2,6 % hinnehmen. Während die Grunderwerbsteuer (+7,9 %) und die Biersteuer (+8,7 %) Zuwächse meldeten, ging das Aufkommen der Erbschaftsteuer (-13,2 %), der Rennwettund Lotteriesteuer (-17,3 %) und der Feuerschutzsteuer (-6,6 %) zurück. Im Zeitraum Januar bis September wurde das Niveau des Vorjahres allerdings insgesamt um +9,8 % übertroffen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 4,03 % (4,09 % im August).

Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende September 1,93 % (2,17 % Ende August).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende September auf 1,55 % (1,54 % Ende August).

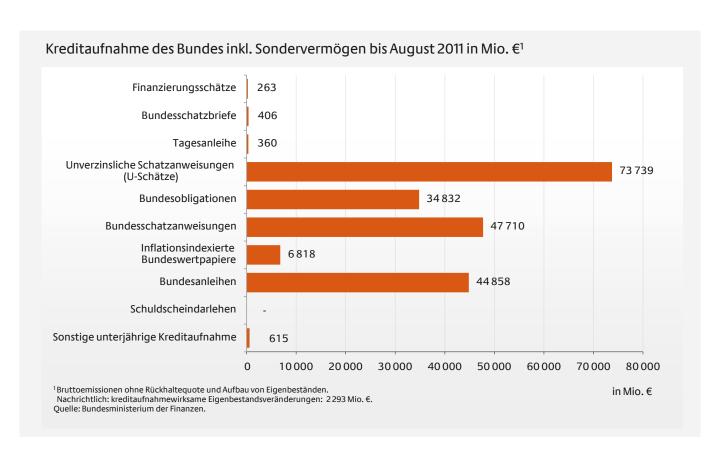
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. Oktober 2011 beschlossen, die seit Juli 2011 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,50 %, 2,25 % beziehungsweise 0,75 % zu belassen.

Der Deutsche Aktienindex betrug 5 502 Punkte am 30. September (5 785 Punkte am 31. August).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 302 Punkten am 31. August auf 2 180 Punkte am 30. September.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August 2011 bei 2,8 % nach 2,1 % im Juli und 1,9 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Zeitraum von Juni bis August 2011 erhöhte sich auf 2,3 % nach 2,1 % im Dreimonatszeitraum von Mai bis Juli 2011 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im August 1,8 % nach 2,0 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,63% im August gegenüber 0,17% im Juli.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich August 2011 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 209,65 Mrd. €. Davon wurden 199,47 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. August 2011 Medium Term Notes Schuldscheindarlehen Treuhand 1,1% 0,0% Sonstige unterjährige Tagesanleihe Kreditmarktmittel 0,2% 0,1% Finanzierungsschätze 0,0 % Unverzinsliche Schatzanweisunger 6.7% Bundesschatzanweisungen 13,2% Bundesanleihen 56,0% Bundesschatzbriefe 0.7% Bundesobligationen 18,1% Inflationsindexierte Bundeswertpapiere 3.9% Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 1128,9 Mrd. €; Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-	24,0	-					47,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-					19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-					30,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	9,0	9,2					83,9
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1					0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1					0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1					0,5
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-					-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-	0,1	-					0,2
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3	-	0,5					1,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4	33,2	9,9					183,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7	13,4	0,1					32,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

(ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 2,29 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011" dargestellt. Bis einschließlich August 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 183,47 Mrd. € und die Zinszahlungen 32,47 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 206,81 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 8,66 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt. Zusätzlich führte der Finanzmarktstabilisierungsfonds seine Tilgungen in Höhe von 5,82 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die Sondervermögen ab.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137347 WKN 113734	Aufstockung	6. Juli 2011	2 Jahre / fällig 14. Juni 2013 Zinslaufbeginn 13. Mai 2011 erster Zinstermin 14. Juni 2012	5 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135440 WKN 113544	Aufstockung	13. Juli 2011	10 Jahre / fällig 4. Juli 2021 Zinslaufbeginn 29. April 2011 erster Zinstermin 4. Juli 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	20. Juli 2011	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN113735	Neuemission	17. August 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	7 Mrd. €	7 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN 113545	Neuemission	24. August 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN 113735	Aufstockung	14. September 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	ca. 6 Mrd. €	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN113545	Aufstockung	21. September 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Neuemission	28. September 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	ca. 6 Mrd. €	ca. 6 Mrd.€
			3. Quartal 2011 insgesamt	ca. 41 Mrd. €	ca. 39 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115897 WKN 111589	Neuemission	11. Juli 2011	6 Monate fällig 11. Januar 2012	5 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115905 WKN 111590	Neuemission	25. Juli 2011	12 Monate fällig 25. Juli 2012	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115913 WKN 111591	Neuemission	8. August 2011	6 Monate fällig 15. Februar 2012	5 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115921 WKN 111592	Neuemission	29. August 2011	12 Monate fällig 29. August 2012	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115939 WKN 111593	Neuemission	12. September 2011	6 Monate fällig 14. März 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115947 WKN 111594	Neuemission	26. September 2011	12 Monate fällig 26. September 2012	ca. 3 Mrd. €	ca. 3 Mrd. €
			3. Quartal 2011 insgesamt	ca. 24 Mrd. €	ca. 21 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundeswert papiere				2 -3 Mrd. €	2-3 Mrd. €
			3. Quartal 2011 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 - 3 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland hat in den Sommermonaten wieder an Dynamik gewonnen.
- Die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürfte dabei maßgeblich von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe getragen worden sein.
- Der Arbeitsmarkt hat auch im 3. Quartal spürbar von dem Aufschwung der deutschen Wirtschaft profitiert.
- Der beschleunigte Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im September geht um knapp die Hälfte auf die spürbare Verteuerung von Energieprodukten zurück.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland hat – nach der Wachstumspause im 2. Quartal – in den Sommermonaten wieder an Dynamik gewonnen. Insbesondere die industrielle Erzeugung profitiert von einem erhöhten Niveau an Auftragsbeständen. Damit dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 3. Quartal 2011 noch maßgeblich von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe getragen worden sein. Die Stimmungsindikatoren haben sich jedoch angesichts der vorherrschenden Unsicherheit der Unternehmen und Verbraucher vor dem Hintergrund der Schuldenkrise im Euroraum und der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos am aktuellen Rand erneut spürbar eingetrübt. Damit dürfte die deutsche Wirtschaft im Vergleich zum dynamischen Jahresauftakt auch in der 2. Jahreshälfte eine deutlich ruhigere Gangart eingelegt haben.

Die aktuellen Außenhandelszahlen liefern hingegen noch keine Hinweise für eine spürbare Abschwächung der Exporttätigkeit in Deutschland im 3. Quartal. So konnte nach dem kräftigen Anstieg der nominalen Warenexporte im August (saisonbereinigt + 3,5 %) der Rückgang der beiden vorangegangenen Vormonate wieder ausgeglichen werden. Im Zweimonatsdurchschnitt (Juli/August gegenüber Mai/Juni) zeigt sich nunmehr

eine leichte Aufwärtsbewegung. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis über den Zeitraum Januar bis August 2011 weiterhin deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte + 14,0%). Dabei war der Anstieg der Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+16,4%) leicht höher als der in Drittländer (+16,1%). Die Ausfuhren in den Euroraum (+11,9%) verzeichneten ebenfalls ein Plus.

Insgesamt hat sich der Aufwärtstrend der nominalen Warenausfuhren jedoch aufgrund der schwachen Entwicklung zu Beginn des 3. Quartals im Vergleich zum Jahresbeginn spürbar abgeflacht. In der 2. Jahreshälfte 2011 dürfte mit einer moderateren außenwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen sein. Zwar dürfte die Weltwirtschaft nach den aktuellen Vorausschätzungen des IWF in diesem und im nächsten Jahr mit einem Anstieg des globalen Bruttoinlandsprodukts um jeweils 4% weiterhin expandieren. Das weltwirtschaftliche Expansionstempo dürfte allerdings im Verlauf etwas nachlassen. Für diesen Entwicklungstrend spricht eine Vielzahl von Indikatoren. So konnte sich einerseits der Welthandelsindikator des niederländischen CPB-Instituts auf hohem Niveau zuletzt leicht verbessern. Andererseits weist der OECD Leading Indicator mit seinem

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

erneuten Rückgang auf eine merkliche Verlangsamung des Wachstumstempos im Euroraum, den USA und den BRIC-Staaten hin. In Deutschland befinden sich die Auftragseingänge aus dem Ausland immer noch auf einem hohen Niveau. Die exportorientierten Industrieunternehmen erwarten jedoch eine spürbar geringere Zunahme des Exportgeschäfts als noch zu Beginn dieses Jahres (ifo-Exporterwartungen).

Die nominalen Warenimporte stagnierten im August, nachdem sie im Vormonat revidiert von saisonbereinigt - 0,3% auf 0,5% leicht angestiegen waren. Im Zweimonatsdurchschnitt setzt sich der Aufwärtstrend der Wareneinfuhren demnach moderat fort. Auch im Vorjahresvergleich wurden Einfuhren in den ersten acht Monaten des Jahres 2011 deutlich ausgeweitet (+16,6%). Dabei fiel die Steigerung der Importe aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+18,5%) höher aus als aus anderen Regionen (Euroraum: +15,9%, Drittländer: +15,1%). Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Drittländern erhoben wird, konnten im Zeitraum von Januar bis September 2011 um 21,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesteigert werden.

Nach dem überaus schwungvollen Start der deutschen Industrie in das 3. Quartal – der durch einen Ferientageeffekt begünstigt worden war – blieb die Produktion im August leicht hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück. Dabei fiel die Gegenbewegung jedoch insgesamt schwächer aus, als angesichts des kräftigen Produktionsanstiegs im Juli zu erwarten gewesen wäre. Damit befindet sich die industrielle Erzeugung derzeit weiterhin auf erhöhtem Niveau. So zeigt sich im Zweimonatsvergleich weiterhin ein deutlicher Aufwärtstrend.

Auch der Umsatz in der Industrie war im August gegenüber dem Vormonat leicht rückläufig. Während im Inlandsgeschäft Umsatzeinbußen zu verzeichnen waren, konnten die Auslandsumsätze gegenüber Juli jedoch nochmals gesteigert werden. Insgesamt zeigt die industrielle Umsatzentwicklung im Zweimonatsvergleich einen Aufwärtstrend, der sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland kam. Dabei war der Anstieg der Umsätze für Investitionsgüter besonders ausgeprägt.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ging im August den zweiten Monat in Folge zurück. Dies war vor allem auf einen Rückgang des inländischen Bestellvolumens zurückzuführen, während die ausländischen Auftragseingänge nahezu auf dem Niveau des Vormonats verharrten. Dabei war der Rückgang der Bestellungen im August auch auf ein unterdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen zurückzuführen. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich nunmehr für den industriellen Auftragseingang insgesamt ein Minus, während der Dreimonatsvergleich dagegen noch auf eine positive Grundtendenz hinweist.

Auf eine deutlichere Abschwächung der industriellen Produktionstätigkeit hatten auch die Stimmungsindikatoren hingedeutet. So fiel die Lagebeurteilung im Verarbeitenden Gewerbe im August den zweiten Monat in Folge ungünstiger aus als im Vormonat, und auch der anhaltende Rückgang des Einkaufsmanagerindex hatte eine deutliche Abschwächung der industriellen Dynamik signalisiert. Trotz eines inzwischen ausgeprägten Abwärtstrends der Stimmungsindikatoren deuten deren Niveaus weiterhin auf eine robuste Industriekonjunktur $hin.\,Dennoch\,ist-auch\,aufgrund\,einer\,zuletzt$ eher moderaten Entwicklung des industriellen Bestellvolumens – zum Jahresende mit einer deutlich ruhigeren Gangart in der deutschen Industrie zu rechnen.

Auch die Bauproduktion war im August gegenüber dem Vormonat rückläufig. Im Zweimonatsvergleich ist die Produktion im Bauhauptgewerbe jedoch leicht aufwärtsgerichtet. Das monatliche Verlaufsprofil erweist sich derzeit allerdings als sehr volatil. Das ifo-Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe weist daneben auf eine

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2010			Veränderung ir	n% gegenüb	per	
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd.€	aaii Mari in %	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,5	+3,7	+0,5	+1,3	+0,1	+3,8	+5,0	+2,8
jeweilige Preise	2 477	+4,3	+0,6	+1,4	+0,6	+4,1	+5,3	+3,7
Einkommen								
Volkseinkommen	1 898	+5,1	+1,4	+1,5	-0,4	+4,2	+4,8	+3,4
Arbeitnehmerentgelte	1 263	+2,5	+1,0	+1,7	+1,5	+3,3	+4,3	+5,1
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	635	+10,5	+2,1	+1,2	-4,3	+6,3	+5,6	-0,3
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 576	+2,9	+1,0	+0,7	+0,6	+3,9	+3,4	+3,4
Bruttolöhne ugehälter	1.027	+2,7	+0,9	+1,9	+1,7	+3,2	+4,7	+5,5
Sparen der privaten Haushalte	181	+4,5	+0,4	+0,5	+0,6	+4,3	-0,4	+0,9
		2010			Veränderung ir	n%gegenüb	er	
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd.€	aaii Vari	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahi	r ¹
Autragseingange	bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jul 11	Aug 11	Zweimonats- durchschnitt	Jul 11	Aug 11	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	+1,9		-5,4	+1,9		-0,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	-1,2	+3,5	+0,3	+4,3	+14,6	+9,2
Waren-Importe	797	+20,0	+0,5	-0,0	+0,4	+9,7	+12,6	+11,1
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	103,9	+10,2	+3,9	-1,0	+2,8	+10,3	+7,7	+9,0
Industrie ²	104,6	+11,6	+4,2	-1,0	+3,1	+12,1	+9,1	+10,7
Bauhauptgewerbe	108,4	+0,2	+4,0	-1,2	+1,4	+6,0	+5,2	+5,6
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) ²	102,7	+10,6	+3,8	-0,4	+3,7	+10,9	+8,7	+9,8
Inland	99,0	+6,3	+3,7	-2,0	+2,9	+10,9	+8,4	+9,7
Ausland	107,2	+15,7	+3,9	+1,4	+4,5	+11,0	+9,0	+10,1
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie ²	105,7	+21,3	-2,6	-1,4	-2,4	+8,9	+3,9	+6,5
Inland	102,7	+16,0	+3,7	-3,2	-3,4	+9,5	+6,5	+8,0
Ausland	108,4	+25,9	-7,2	+0,1	-1,5	+8,5	+1,7	+5,2
Bauhauptgewerbe	96,7	+1,1	+9,4		-1,5	+8,1		+5,9
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100) Einzelhandel	97,2	+1,3	+0,3	-2,9	+0,8	-1,8	+2,2	+0,2
(ohne Kfz und mit Tankstellen)								
Handel mit Kfz	88,9	-4,9	+3,3	-0,5	+2,0	+0,9	+5,0	+2,8

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2010			Veränderung in	Tsd. gegenü	ber	
Arbeitsmarkt	Personen	aaii Mari in W	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-10	-9	-26	-247	-238	-231
Erwerbstätige, Inland	40,55	+0,5	+21	+29		+527	+515	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+46			+672		
		2010			Veränderung i	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2005 = 100	005 100		Vorperiode		Vorjahr			
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11
Importpreise	108,3	+7,8	+0,8	-0,7		+7,5	+6,6	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,7	-0,3		+5,8	+5,5	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,4	+0,0	+0,1	+2,4	+2,4	+2,6
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11
Klima	+22,7	+21,9	+20,3	+20,4	+20,9	+17,8	+9,8	+7,5
Geschäftslage	+28,1	+29,7	+29,6	+30,4	+33,9	+30,2	+24,1	+23,8
Geschäftserwartungen	+17,5	+14,4	+11,4	+10,8	+8,5	+6,1	-3,5	-7,5

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Stimmungseintrübung in der Bauwirtschaft hin. Dabei steht eine positivere Bewertung der Geschäftslage im Bauhauptgewerbe einer deutlich pessimistischeren Bewertung der Geschäftsperspektiven gegenüber. Hinsichtlich der "harten" Indikatoren zeigt sich ebenfalls ein gemischtes Bild. Zwar waren die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – aufgrund eines starken Anstiegs des Bestellvolumens im Tiefbau – zu Beginn des 3. Quartals noch leicht aufwärtsgerichtet. Bei den Baugenehmigungen war jedoch in allen Bereichen ein spürbarer Rückgang zu Beginn des 3. Vierteljahres zu verzeichnen.

Die für den privaten Konsum relevanten Indikatoren deuten darauf hin, dass die Privaten Konsumausgaben im 3. Quartal 2011 – nach dem deutlichen Rückgang im 2. Vierteljahr – wieder angestiegen sind. So zeigen die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Zweimonatsvergleich einen Aufwärtstrend,

wenngleich die Umsätze im August deutlich zurückgegangen waren. Auch die Umsätze im Handel mit Kfz wurden im Zweimonatsvergleich ausgeweitet. Das aktuelle Indikatorenbild deutet auf eine weiterhin günstige Entwicklung des privaten Konsums hin. Zwar hat sich das GfK-Konsumklima im September angesichts der Verunsicherung der Verbraucher hinsichtlich der Schuldenentwicklung im Euroraum leicht eingetrübt. Trotz des dritten Rückgangs in Folge befindet sich die Verbraucherstimmung jedoch weiterhin auf erhöhtem Niveau und wird auf diesem voraussichtlich auch im Oktober verharren. Vor allem die weiterhin gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ließ laut Umfrage die Einkommenserwartungen der Verbraucher ansteigen. Die Anschaffungsneigung befindet sich auf hohem Niveau. Darüber hinaus sehen die Einzelhändler ihre Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wieder optimistischer als im Vormonat.

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im September 2011 erneut verbessert. So verringerte sich die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) im Vergleich zum Vorjahr um 231 000 Personen auf 2,80 Millionen Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 6,6% und damit auf den niedrigsten Stand seit 1992 zurück. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im September stärker als im Vormonat (-26 000 Personen nach -9 000 Personen im August).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) nahm im August um 29 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu (Juli: +21000 Personen). Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten erreichte ein Niveau von 41,20 Millionen Personen und überschritt den Vorjahresstand um gut eine halbe Millionen Personen. Die Zunahme der Beschäftigung wirkt sich sehr positiv auf die Entwicklung der Einnahmen aus der Lohnsteuer aus. So sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes und der Riester-Zulagen, sowohl im September als auch im Zeitraum Januar bis September um 7,1% gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Die Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzte sich auch im Juli 2011 fort. Im Vergleich zum Vormonat betrug der Anstieg saisonbereinigt 46 000 Personen. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs von 672 000 Personen. Davon ging mehr als die Hälfte auf die Zunahme von Vollzeitbeschäftigung (+ 365 000 Personen gegenüber dem Vorjahr) zurück. Aber auch die Teilzeitbeschäftigung nahm deutlich zu (+305 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Nach Wirtschaftszweigen betrachtet verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe das größte Plus an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gegenüber dem Vorjahr, gefolgt von den wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen). Beschäftigungsverluste gab es dagegen

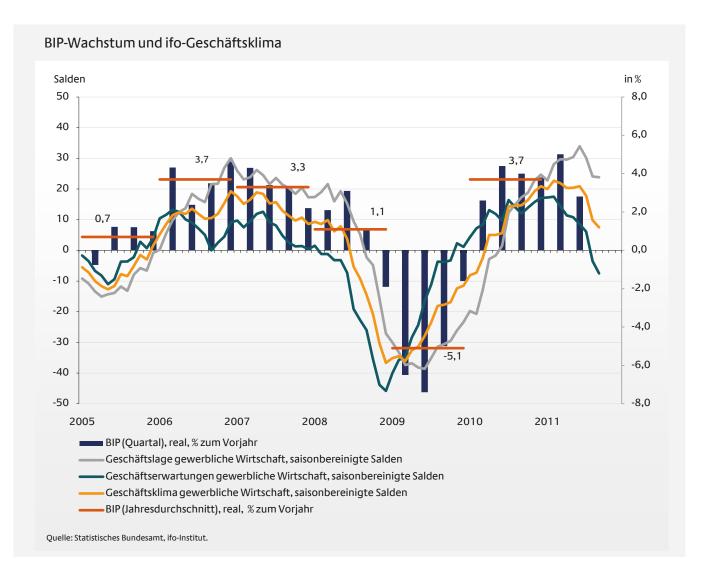
insbesondere bei den sonstigen Dienstleistungen und privaten Haushalten.

Im Juli wurde an 66 000 Personen konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld gezahlt. Dies waren 31 000 Personen weniger als im Vormonat und 220 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Damit hat sich die Anzahl konjunkturell bedingter Kurzarbeiter auf ein nahezu übliches Niveau zurückgebildet.

Der Arbeitsmarkt hat auch im 3. Quartal spürbar von dem Aufschwung der deutschen Wirtschaft profitiert. Zwar haben die Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt gegenüber dem 1. Halbjahr an Kraft verloren. Am aktuellen Rand haben sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsaufbau hingegen wieder etwas beschleunigt. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, in dem der Beschäftigungsrückgang in der Krise 2008/2009 sehr stark war, setzte sich der Aufholprozess hinsichtlich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutlich fort. Einige Indikatoren signalisieren eine weiterhin günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So ist die Arbeitskräftenachfrage immer noch sehr hoch. Ausgehend von dem BA-X-Stellenindex nahm die Nachfrage in nahezu allen Branchen zu. Gemäß der Umfrage des ifo-Instituts zur Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft (ifo-Beschäftigungsbarometer) vom September wollen die Unternehmen ihr Personal weiter aufstocken. Im Verarbeitenden Gewerbe planen vor allem die Hersteller von Investitionsgütern einen Personalaufbau. Die gesamtwirtschaftliche konjunkturelle Dynamik hat sich jedoch, wie insbesondere die Stimmungsindikatoren zeigen, deutlich verringert. Dies dürfte mit zeitlicher Verzögerung – den weiteren Beschäftigungsaufbau beeinträchtigen und den Rückgang der Arbeitslosigkeit bremsen.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) im Vergleich zum Vorjahr hat sich zuletzt beschleunigt, nachdem er im August stagnierte (September + 2,6 % nach + 2,4 % jeweils im Juli und August 2011). Eine höhere Teuerungsrate gab es zuletzt im September 2008 (+ 2,9 %). Der Preisniveauanstieg ist

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



weiterhin durch die Verteuerung von Energieprodukten geprägt, die knapp die Hälfte der Gesamtverteuerung erklärt. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte lagen weit über dem Vorjahresniveau. Zwar hatten sich die Weltmarktpreise für Rohöl seit etwa Mitte September im Verlauf deutlich verringert. Im Durchschnitt des Monats September fiel der Anstieg im Vorjahresvergleich jedoch höher aus als einen Monat zuvor (+47,7% nach + 42,9% im August; Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar). Darüber hinaus lag das Verbraucherpreisniveau der Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme spürbar über dem Vorjahresniveau. Ohne die Berücksichtigung des Preisniveauanstiegs von Energieprodukten nahm der VPI nur um 1,6% zu. U. a. waren auch Nahrungsmittel teurer als

vor einem Jahr (+2,5%). Dies war insbesondere auf eine Erhöhung des Preisniveaus vor allem von Speisefetten und Speiseölen sowie Molkereiprodukten zurückzuführen.

Der Preisniveauanstieg auf den vorgelagerten Preisstufen ist nach wie vor sehr hoch. So überschritt der Importpreisindex das Vorjahresniveau im August um 6,6 % und der Erzeugerpreisindex stieg um 5,5 % an. Die allmähliche Überwälzung dieser Preisniveauanstiege auf die Verbraucher spiegelt sich – über eine Zunahme der Verbraucherpreisniveaus für Energie und Nahrungsmittel hinaus – auch in einem Anstieg der Kerninflation (VPI ohne Preise für Energie und Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke) wider. Dieser fiel

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

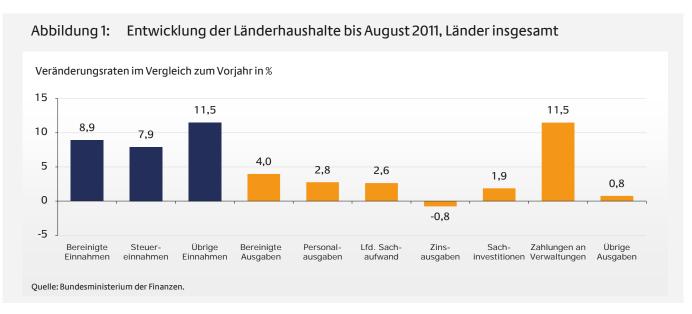
zwar im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2011 mit 1,2% weiterhin moderat aus. Jedoch erhöhte sich die Kerninflation damit um 0,5 Prozentpunkte gegenüber der des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Dies könnte zum Teil auch auf eine Weitergabe der durch Lohnsteigerungen höheren Lohnstückkosten an die Verbraucher zurückzuführen sein. Angesichts einer sich abschwächenden Weltkonjunktur und damit einhergehender moderaterer Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe dürfte der importierte Preisdruck im weiteren Verlauf nachlassen. Dafür sprechen auch die jüngsten Inflationsprognosen nationaler und internationaler Institutionen für das nächste Jahr, die von 1,6 % bis 2,0 % reichen.

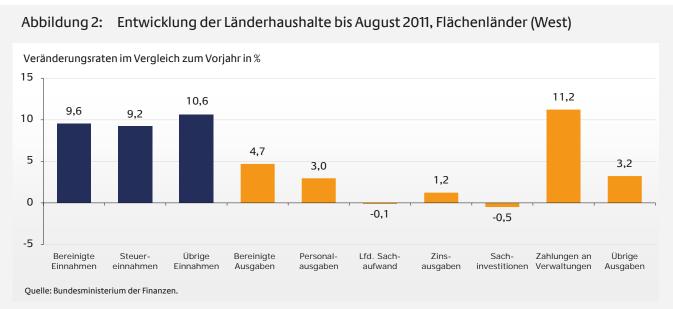
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011

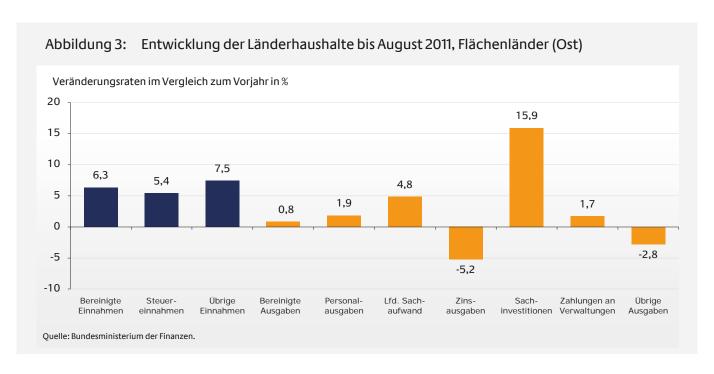
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2011 vor.

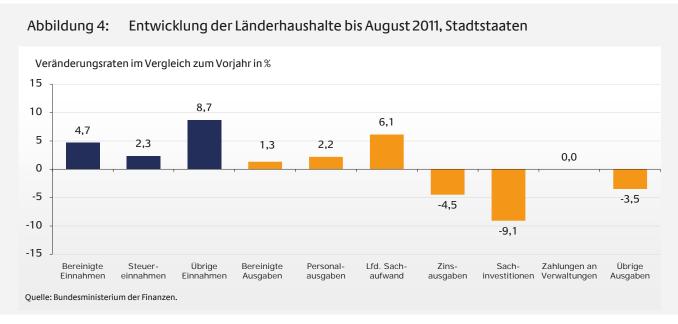
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte setzt sich auch bis August weiter fort. Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Berichtszeitraum um 8,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, während die Ausgaben um 4,0 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen um 7,9 % höher als im Vorjahreszeitraum. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende August rund - 8,2 Mrd. € und fällt damit rund 7,7 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Zurzeit planen die Länder ein Gesamtdefizit von rund - 23,8 Mrd. € für das Jahr 2011.





Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 4. Oktober 2011 in Brüssel

Neubesetzung im EZB-Direktorium

Der deutsche Vorschlag für die Nachfolge des ausscheidenden Mitglieds im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB), Jürgen Stark, wurde vom ECOFIN-Rat formal bestätigt. Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, soll ins Führungsgremium der europäischen Notenbank aufrücken. Nachdem auch der EZB-Rat am 6. Oktober 2011 und das Plenum des Europäischen Parlaments am 13. Oktober 2011 der Nominierung zugestimmt haben, kann nun der Europäische Rat am 23. Oktober 2011 mit den Stimmen der Mitglieder, die dem Euro-Währungsgebiet angehören, die offizielle Ernennung vornehmen.

Annahme der politischen Einigung mit dem Europäischen Parlament zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung

Der ECOFIN-Rat bestätigte die politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zu den Gesetzgebungsvorschlägen zur haushaltsund wirtschaftspolitischen Steuerung. Die Texte, die sich derzeit in der sprachjuristischen Prüfung befinden, werden am 8. November formell vom ECOFIN-Rat angenommen, sodass das neue Regelwerk noch dieses Jahr in Kraft treten kann. Damit wird in Kürze ein wichtiger Grundstein zur Stärkung der fiskalischen und makroökonomischen Überwachung im Euroraum gelegt.

Annahme der Allgemeinen Ausrichtung zur Derivateverordnung

Die Finanzmärkte sollen durch eine verbesserte Regulierung weiter stabilisiert werden. Im Juni 2010 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Pittsburgh zur Umsetzung tiefgreifender

Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz und Beaufsichtigung der OTC-Derivate ("over the counter") auf international kohärente und nicht diskriminierende Art und Weise. Am 15. September 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission daraufhin ihren Vorschlag für die Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur (EMIR) mit dem Ziel, die Transparenz und das Risikomanagement auf dem Markt für außerbörslich gehandelte (OTC) Derivate zu verbessern. Der ECOFIN-Rat hat nun den Weg frei gemacht für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den drei entscheidenden EU-Organen, dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission (sogenannte "Trilogverhandlungen"). Eine baldige Verabschiedung der Verordnung ist das Ziel. Konkret soll mit der EMIR, die ab 1. Januar 2013 gelten soll, Folgendes eingeführt werden: I. OTC-Derivate sollen einer Pflicht zur Abwicklung über zentrale Clearingstellen unterworfen werden; II. Derivatepositionen sollen an Transaktionsregister gemeldet werden. Der Verordnungsvorschlag enthält zahlreiche detaillierte Vorschriften zur Regulierung von zentralen Clearingstellen und Transaktionsregistern und soll dafür sorgen, dass OTC-Derivategeschäfte sicherer und transparenter werden. Die ECOFIN-Einigung ist ein wichtiger erster Schritt hin zur Einführung einer Pflicht zur Abwicklung von OTC-Derivaten über zentrale Clearingstellen bis Ende 2012. Gleichwohl bleibt dies ein ehrgeiziges Ziel, da zuvor nicht nur die Verordnung verabschiedet werden muss, sondern auch noch eine Vielzahl von Ausführungsbestimmungen von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) zu erstellen sind und von der Europäischen Kommission erlassen werden müssen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Bestätigung der fiskalpolitischen Ausstiegsstrategie

Im Oktober 2009 einigte sich der ECOFIN-Rat auf Prinzipien für Ausstiegsstrategien aus den konjunkturstützenden Maßnahmen. So sollen alle EU-Mitgliedstaaten spätestens im Jahr 2011 mit der Haushaltskonsolidierung beginnen. Die Ratspräsidentschaft hat diesbezüglich einen Entwurf für Ratsschlussfolgerungen vorgelegt, der diese Prinzipien bestätigt. Die Minister haben diesen verabschiedet und damit ihren Kurs beibehalten, die Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten zügig voranzutreiben.

Durchführung der Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

Die Europäische Kommission berichtete über den Stand der Defizitverfahren. Derzeit befinden sich 23 von 27 Mitgliedstaaten im Übermäßigen Defizitverfahren (ÜDV). Im Herbst erfolgt eine erneute Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Herbst-Wirtschaftsprognose der Kommission.

Internationale Tagungen

Der ECOFIN-Rat verabschiedete eine gemeinsame Sprachregelung (Terms of Reference), in der die EU-Position für das G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure am 14. und 15. Oktober 2011 in Paris festgelegt wird. Außerdem wurden Schlussfolgerungen zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel beschlossen. Sie dienen der Vorbereitung der Positionierung der EU für die UN-Klimakonferenz in Durban Ende November/Anfang Dezember.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

3./4. November 2011	G20-Gipfel in Cannes
7./8. November 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
29./30. November 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
09. Dezember 2011	Europäischer Rat in Brüssel
23./24. Januar 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

10. bis 12. Mai 2011 Ende März bis Anfang Juli 2011 6. Juli 2011 Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015 12. August 2011 Zuleitung an Bundestag und Bundesrat 6. bis 9. September 2011 1. Lesung Bundestag 23. September 2011 Durchgang Bundesrat 21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Bereinigungssitzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
des Eckwertebeschlusses 6. Juli 2011 Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015 12. August 2011 Zuleitung an Bundestag und Bundesrat 6. bis 9. September 2011 1. Lesung Bundestag 23. September 2011 1. Durchgang Bundesrat 21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
12. August 2011 Zuleitung an Bundestag und Bundesrat 6. bis 9. September 2011 1. Lesung Bundesrat 23. September 2011 1. Durchgang Bundesrat 21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	Ende März bis Anfang Juli 2011	·
6. bis 9. September 2011 23. September 2011 1. Durchgang Bundesrat 21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	6. Juli 2011	
23. September 2011 1. Durchgang Bundesrat 21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
21. September bis 9. November 2011 Beratungen im Haushaltsausschuss 17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
17. November 2011 Stabilitätsrat 2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
2. bis 4. November 2011 Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt 10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
10. November 2011 Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss 22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	17. November 2011	Stabilitätsrat
22. bis 25. November 2011 2./3. Lesung Bundestag	2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt
, and the state of	10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16 December 2011 2 Develope a Burndarent	22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
io. Dezember 2011 2. Durchgang Bundesrat	16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011 Verkündung im Bundesgesetzblatt	Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011
anuar 2012	Dezember 2011	27. Januar 2012
ebruar 2012	Januar 2012	23. Februar 2012
März 2012	Februar 2012	22. März 2012
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
luni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
luli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick: Dreiundzwanzigster Subventionsbericht (Kurzfassung)
- Unterrichtsmaterialien "Finanzen und Steuern" (Schülerheft, Lehrerbgleitbroschüre und Foliensatz)
- Broschüre "Matthias Erzberger: Ein Opfergänger der Republik"

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	36
Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem	
Euroraum	39
Steuervereinfachungsgesetz 2011	42
ELStAM – die elektronische Lohnsteuerkarte	
Ergebnisse des Treffens der G20-Finanz- und -Entwicklungsminister sowie der Jahrestagung vo	n IWF
und Welthank	53

DIE ERTÜCHTIGUNG UND FLEXIBILISIERUNG DER EUROPÄISCHEN FINANZSTABILISIERUNGSFAZILITÄT (EFSF)

Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

1	Was ist die "EFSF"?	36
	Was versteht man unter "Ertüchtigung" der EFSF?	
	Was versteht man unter "Flexibilisierung" der EFSF?	
4	Die Umsetzung der Ertüchtigung und Flexibilisierung der EFSF	37

- Der Garantierahmen der EFSF wurde von 440 Mrd. € auf 779,8 Mrd. € erhöht.
- Die Übersicherung der EFSF durch die Garantiegeber wurde von 120 % auf 165 % erhöht.
- Die EFSF wurde um zusätzliche Instrumente erweitert. Zu nennen sind hier vorsorgliche Instrumente in Form von Kreditlinien, die Vergabe von Darlehen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten und die Möglichkeit zu Anleihekäufen auf dem Primär- und Sekundärmarkt. Auch der ESM, der die EFSF ab Juli 2013 dauerhaft ersetzen wird, soll über diesen Instrumentenkasten verfügen.

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 523 Stimmen (bei nur 85 Gegenstimmen und drei Enthaltungen) haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages am 29. September 2011 der Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zugestimmt und somit einen weiteren Grundstein für die Reform und Stabilisierung der Europäischen Wirtschaftsund Währungsunion gelegt. Das in namentlicher Abstimmung erfolgte Votum umfasste dabei die "Kanzlermehrheit" der Regierungsfraktionen von CDU/CSU und FDP sowie Stimmen der Opposition. Am 30. September 2011 wurde der entsprechende Gesetzentwurf auch vom Bundesrat verabschiedet und am 9. Oktober 2011 vom Bundespräsidenten unterschrieben. Dies ist ein wichtiges Signal an die europäischen Partnerländer und die globalen Finanzmärkte: Deutschland wird seiner Verantwortung gerecht und hat Vertrauen in die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion.

1 Was ist die "EFSF"?

EFSF ist eine Abkürzung für "Europäische Finanzstabilisierungsfazilität". Die EFSF ist eine zeitlich befristete Zweckgesellschaft mit Sitz in Luxemburg, die gegen klar definierte Auflagen Kredite in Höhe von 440 Mrd. € an Euroraum-Mitgliedstaaten ausreichen kann, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern und damit die Finanzstabilität im Euroraum insgesamt zu schützen.

Zusammen mit dem EFSM ("Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus"; Mittel der Europäischen Union in Höhe von 60 Mrd. €) und einer Beteiligung des IWF (Internationaler Währungsfonds; Mittel bis zu 250 Mrd. €) bildet die EFSF den im allgemeinen Sprachgebrauch bekannten "Euro-Schutzschirm", der temporär bis 2013 eingerichtet wurde. Insgesamt verfügt dieser temporäre Euro-Schutzschirm über eine Kapazität von 750 Mrd. € (EFSF: 440 Mrd. €, EFSM: 60 Mrd. €, IWF: 250 Mrd. €).

Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

2 Was versteht man unter "Ertüchtigung" der EFSF?

Die EFSF soll über ein effektives
Kreditvergabevolumen von 440 Mrd. €
verfügen. Ihre Refinanzierung erfolgt
am Kapitalmarkt. Zur Absicherung der
Refinanzierung erhält die Zweckgesellschaft
Garantien von den Euroraum-Mitgliedstaaten,
die diese entsprechend ihrem Anteil
am Kapitalschlüssel der Europäischen
Zentralbank (EZB) bereitstellen (keine
gesamtschuldnerische, sondern quotale
Haftung).

Um ein Spitzenrating für die EFSF-Anleihen und damit eine möglichst kostengünstige Refinanzierung der EFSF auf den Kapitalmärkten sicherzustellen, ist eine Übersicherung der Anleihen mit Garantien erforderlich. Das heißt, Garantien von 440 Mrd. € reichen nicht aus, um eine effektive Kreditvergabekapazität von 440 Mrd. € zu erreichen. Am 11. März 2011 haben die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets daher beschlossen, den maximalen Garantierahmen, den die Euroraum-Mitgliedstaaten bereitstellen, anzuheben, um die vereinbarte maximale Darlehenskapazität der EFSF von 440 Mrd. € tatsächlich in vollem Umfang zur Verfügung stellen zu können. Hierfür war der Garantierahmen von 440 Mrd. € auf 779.8 Mrd. € zu erhöhen.

3 Was versteht man unter "Flexibilisierung" der EFSF?

Angesichts der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind die Staats- und Regierungschefs des Euroraums am 21. Juli 2011 übereingekommen, die Wirksamkeit der EFSF zur Bekämpfung von Ansteckungsgefahren, wie sie für den Euroraum insgesamt aus Entwicklungen wie in Griechenland resultieren, durch eine "Flexibilisierung" zu verbessern. Mit "Flexibilisierung" ist dabei gemeint, dass

die EFSF mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden soll:

- vorsorgliche Maßnahmen in Form der Bereitstellung einer Kreditlinie
- Darlehen auch an sogenannte Nichtprogrammstaaten zur Rekapitalisierung von Banken
- Käufe umlaufender Staatsanleihen an den Märkten (Sekundärmarktinterventionen)

Schon am 11. März 2011 hatten die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets beschlossen, der EFSF das Instrument der Anleiheaufkäufe auf dem Primärmarkt (also aus erster Hand) zur Verfügung zu stellen.

Die Erweiterung um all diese Instrumente soll den Instrumentenkasten der EFSF komplettieren, damit diese ihre Aufgaben so effektiv und flexibel wie möglich erfüllen und Ansteckungsgefahren so frühzeitig und entschlossen wie möglich entgegentreten kann. Dabei darf es keine Abweichung von ihren Grundprinzipien klare Voraussetzungen für den Einsatz, klare Auflagen und Bedingungen beim Einsatz geben. Die Voraussetzungen, die bereits heute für die Gewährung von Finanzhilfen gelten und die darüber hinaus künftig mit dem neuen Artikel 136 Absatz 3 AEUV ausdrücklich verankert werden sollen, gelten somit auch für alle neu vereinbarten Instrumente.

4 Die Umsetzung der Ertüchtigung und Flexibilisierung der EFSF

Um die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets vom 11. März 2011 ("Ertüchtigung") und 21. Juli 2011 ("Flexibilisierung") umzusetzen, war eine Revision des EFSF-Rahmenvertrags notwendig. Dies ist geschehen und am 16. September 2011 hatten alle Finanzminister der Euroraum-Mitgliedstaaten den geänderten Vertrag unterzeichnet (Bundesfinanzminister

DIE ERTÜCHTIGUNG UND FLEXIBILISIERUNG DER EUROPÄISCHEN FINANZSTABILISIERUNGSFAZILITÄT (EFSF)

Dr. Wolfgang Schäuble am 7. September 2011). Daraufhin wurden die nationalen Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, die von Land zu Land unterschiedlich ausgestaltet sind.

In Deutschland wird die Umsetzung der Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets zur Ertüchtigung und Flexibilisierung der EFSF durch eine Änderung des "Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus" (StabMechG) geregelt – das sogenannte "StabMech-Änderungsgesetz" (StabMechÄndG). Mit diesem Gesetz werden innerstaatlich notwendige rechtliche Grundlagen, insbesondere die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die deutsche Beteiligung an der "ertüchtigten" EFSF geschaffen. Das heißt, Deutschland leistet seinen Beitrag, damit die EFSF tatsächlich ein Ausleihvolumen von 440 Mrd. € in effizienter Weise mobilisieren kann.

Auch beim erhöhten Kreditrahmen richtet sich der jeweilige Anteil der Euroraum-

Mitgliedstaaten weiterhin nach ihrem Anteil am EZB-Kapitalschlüssel. Daraus errechnet sich, dass sich bei der insgesamten Ausweitung des Garantierahmens von 440 Mrd. € auf 779,8 Mrd. € das maximale Garantievolumen für Deutschland von 123 Mrd. € um 88,0459 Mrd. € auf 211,0459 Mrd. € erhöht (wie üblich in der Gewährleistungspraxis zuzüglich Zinsen).

Das StabMechÄndG wurde am 13. Oktober 2011 verkündet und trat am 14. Oktober 2011 in Kraft. Der geänderte EFSF-Rahmenvertrag ist am 18. Oktober 2011 in Kraft getreten, nachdem alle Euroraum-Mitgliedstaaten die nationale Umsetzung notifiziert haben.

Im Juli 2013 soll ein Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) die temporäre EFSF dauerhaft ersetzen. Da dieser gemäß den Beschlüssen des Euroraum-Gipfels vom 21. Juli 2011 mit demselben Instrumentenkasten wie die EFSF ausgestattet sein soll, wird es nötig, den am 11. Juli 2011 bereits unterzeichneten aber noch nicht ratifizierten ESM-Vertrag zu überarbeiten.

Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum

Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum

1	Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	40
2	Neues Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	
3	Zusammenfassung	41

- Die neuen Rechtsakte treten am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt zeitnah nach der formellen Verabschiedung durch den EU-Ministerrat am 8. November 2011.
- Die neuen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie das Überwachungsverfahren bezüglich makroökonomischer Ungleichgewichte, einschließlich der besonderen Sanktionsregelungen für die Mitgliedstaaten des Euroraums, sind nach In-Kraft-Treten sofort und unmittelbar anwendbar.
- Hinsichtlich des Schuldenkriteriums gelten Übergangsbestimmungen für Mitgliedstaaten, die sich zum Zeitpunkt der Annahme des Rechtsakts in einem Defizitverfahren befinden.
- Die verschärften Vorgaben für die Anforderungen an nationale Haushaltsregeln der EU-Mitgliedstaaten sind bis spätestens Ende 2013 in nationales Recht umzusetzen.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion steht vor einem Neuanfang. Anfang November wird der EU-Ministerrat den sechs Legislativtexten zur Stärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung formell zustimmen. Das neue Regelwerk kann damit noch vor dem Jahresende 2011 in Kraft treten.

Der Einigung waren lange Diskussionen vorausgegangen. Bereits im Herbst 2010 hatte die Kommission ihre Legislativvorschläge vorgelegt, parallel zur Task-Force unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rats, Hermann Van Rompuy, deren Bericht vom Oktober 2010 politische Leitlinien für eine Reform der Steuerung und Überwachung in der EU beinhaltete.

Die lange Verhandlungsphase ist nicht auf fundamentale Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Akteure über die Ausrichtung der Reform zurückzuführen, sondern insbesondere dem institutionellen Gefüge in der Europäischen Union geschuldet. Vier der sechs Legislativvorhaben unterlagen dem sogenannten Mitentscheidungsverfahren, d. h., sie erforderten die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament hat seine Zustimmung am 28. September 2011 erteilt und damit den Weg für eine nunmehr rasche Umsetzung frei gemacht.

Im Mittelpunkt der neuen Regeln steht eine verschärfte Überwachung der Haushaltsund Wirtschaftspolitiken in den einzelnen Mitgliedstaaten. Rückblickend muss man heute feststellen, dass sich das bisherige Regelwerk als nicht ausreichend erwiesen hat, um die aktuelle Krise im Euroraum zu verhindern. Zum einen waren die Vorgaben unter dem alten Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht hinreichend, um in allen Mitgliedstaaten eine stabilitätsorientierte

Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum

Ausrichtung der Finanzpolitik sicherzustellen. Zum anderen existierte kein vergleichbares Verfahren zur Überwachung der Wirtschaftspolitiken, sodass in einigen Ländern erhebliche makroökonomische Ungleichgewichte entstehen konnten. Übermäßige Staatsverschuldung und übermäßige Ungleichgewichte sind maßgeblich mitverantwortlich für die heutige Vertrauenskrise in der EU und im Euroraum.

Diese Lücken werden nun mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Einführung eines neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte geschlossen.

1 Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts werden an mehreren Stellen grundlegend geändert und deutlich verschärft:

- Um das Entstehen zu hoher Schuldenstandsquoten von vornherein zu vermeiden, soll es mittelfristig keine Neuverschuldung mehr in den EU-Mitgliedstaaten geben. Anstatt des bisher starken Fokus auf den Maastricht-Referenzwert eines maximalen Defizits von 3% des BIP, wird jetzt – wie bei der deutschen Schuldenbremse – das mittelfristige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts gestärkt als Zielwert in den Vordergrund gestellt.
- Es wird erstmals ein Abbaupfad der Schuldenstandsquote auf 60 % des BIP vorgeschrieben. EU-Länder, deren Schuldenstandsquote höher liegt, müssen jährlich ein Zwanzigstel der Differenz zwischen ihrer Schuldenstandsquote und der 60-%-Marke abbauen.

- Nationale Haushaltsregeln in den EU-Ländern müssen bestimmte Mindeststandards erfüllen, um Transparenz und Vergleichbarkeit zu gewährleisten.
- Für die Länder des Euroraums unterliegen sowohl die Defizit- als auch die Schuldenquotenrückführung einem neuen abgestuften Sanktionsverfahren, in welchem Beschlüsse auch gegen eine Mehrheit der Länder auf Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossen werden können.
- Betrug und Täuschung beim Erstellen von Statistiken in Bezug auf Defizite und Schulden werden künftig hart angegangen; die Unabhängigkeit und die Standardisierung der Datenerfassung wird gestärkt und von der europäischen Statistikbehörde strenger überwacht, verfälschte Statistiken werden mit Geldstrafen sanktioniert.

2 Neues Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte

Die Einrichtung eines neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte folgt aus der Erkenntnis, dass neben der haushaltspolitischen auch eine wirtschaftspolitische Überwachung erforderlich ist, um Stabilität in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Dies zeigt sich z. B. daran, dass Mitgliedstaaten wie Griechenland und Portugal aufgrund von wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen stetig an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben und in eine Schieflage geraten sind. Um dies in Zukunft zu

Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum

vermeiden, wird mit Beginn 2012 ein eigenständiges Verfahren zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten etabliert. Der Fokus des Verfahrens liegt hierbei auf Mitgliedstaaten mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit und hohen Leistungsbilanzdefiziten.

Ausgangspunkt des Verfahrens ist ein Frühwarnsystem, das auf einfachen, messbaren Kriterien basiert. Schlägt das Frühwarnsystem bei einem Mitgliedstaat Alarm, wird dieser einer eingehenden Analyse unterzogen. Auf dieser Grundlage werden gegebenenfalls Empfehlungen an den Mitgliedstaat gerichtet. Bei Analyse und Bewertung der Ungleichgewichte sollen ihr Schweregrad und die Gefahr möglicher negativer Übertragungswirkungen auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschaftsund Währungsunion berücksichtigt werden. Schwere Ungleichgewichte mit negativen Auswirkungen sind zwingend durch geeignete Abhilfemaßnahmen zu korrigieren.

Ähnlich wie beim Haushaltsverfahren kann am Ende des Prozesses ein Mitgliedstaat des Euroraums mit einer quasi-automatischen Sanktion belegt werden, wenn der Staat die Ursachen für das übermäßige gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht entsprechend den Empfehlungen angeht und korrigiert.

3 Zusammenfassung

Auch wenn beide Verfahren in letzter
Konsequenz Sanktionsmechanismen zu ihrer
Durchsetzung vorsehen, so liegt der Fokus
der neuen Verfahren gleichwohl auf der
Prävention. Ziel ist es, Fehlentwicklungen,
die das Funktionieren der Wirtschaftsund Währungsunion und letztlich die
Finanzstabilität im Euroraum gefährden
könnten, in einem frühen Stadium zu
identifizieren und über Empfehlungen an die
jeweiligen Mitgliedstaaten zu korrigieren.
Das Zusammenwirken von Fordern und
Sanktionsandrohung soll so zu tragfähigen
Finanz- und Wirtschaftspolitiken in der EU
beitragen.

Die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Einführung des Überwachungsverfahrens zur Vermeidung und Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte sind zentrale Elemente des Gesamtpakets zur Stabilisierung des Euro und der Fortentwicklung der EU. Jetzt kommt es darauf an, die neuen Regeln konsequent umzusetzen. Hier sind alle beteiligten EU-Institutionen – Kommission, Europäisches Parlament und die Mitgliedstaaten im Ratgefordert. Ziel muss es sein, von Anfang an die Einhaltung des neuen Regelwerks zu gewährleisten. Dies entspricht dem Geist der Reform und ist ein wichtiges Signal, dass die EU ihre Lehren aus der Krise gezogen hat.

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

Steuervereinfachungsgesetz 2011

1	Einführung	42
2	Vereinfachungen und Entlastungen bei der Einkommensbesteuerung	43
2.1	Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags	43
2.2	Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten	43
2.3	Wegfall der Einkünfte- und Bezügegrenze für volljährige Kinder beim	
	Familienleistungsausgleich	44
3	Vereinfachung der Steuerpraxis	44
3.1	Neuordnung des Veranlagungswahlrechts bei Ehegatten	44
3.2	Erstattungsüberhänge bei den Sonderausgaben	44
3.3	Beschränkung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte	45
4	Abbau von Steuerbürokratie - Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung	45
5	Flankierende Maßnahmen und Projekte	46
5.1	Modernisierung des Besteuerungsverfahrens - Elektronik statt Papier	46
5.2	Zeitnahe Betriebsprüfung	46
6	Weitere Vorhaben	46
6.1	Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts	46
6.2	Harmonisierung lohnsteuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften	47
6.3	Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung	47
	Fazit	

- Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im Steuerrecht.
- Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 wird getragen von den Leitgedanken Vereinfachung des Steuerrechts, Vereinfachung der Steuerpraxis, Abbau unnötiger steuerbürokratischer Belastungen und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens.
- Im Steuervereinfachungsgesetz 2011 sind weitere Wegmarken im Vereinfachungsprozess vorgezeichnet.

1 Einführung

Aufgrund der Vielfalt der
Sachverhaltsausprägungen unseres modernen
Wirtschafts- und Sozialstaats gilt es als höchst
anspruchsvolle Zielsetzung steuerpolitischen
Handelns, ein einfaches Steuersystem zu
verwirklichen. Steuervereinfachung und
der Abbau unnötiger steuerbürokratischer
Hemmnisse sind daher eine Daueraufgabe,
bei der es gilt, Schritt für Schritt und mit
Beharrlichkeit voranzuschreiten. Auch
für diese Legislaturperiode haben sich
Bundesregierung und Koalitionsfraktionen
vorgenommen, auf diesem zentralen

Aufgabengebiet ein ordentliches Stück Arbeit zu erledigen.

Mit dem Beschluss des Koalitionsausschusses von CDU, CSU und FDP am 9. Dezember 2010 wurden rund 40 Vereinfachungsmaßnahmen konkretisiert und mit dem von der Bundesregierung am 2. Februar 2011 beschlossenen Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes 2011 in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens, in dem die Mitglieder des Vermittlungsausschusses sich auf die Herausnahme der Regelung zur zweijährigen Steuererklärung verständigt haben, konnte das

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

Gesetzgebungsverfahren am 23. September 2011 abgeschlossen werden. Damit hat der Gesetzgeber den Weg für die Vereinfachungen freigemacht, die grundsätzlich am 1. Januar 2012 in Kraft treten werden.

Mit Blick auf die Situation der öffentlichen Haushalte sind die mit der Rechtsetzungsmaßnahme verbundenen Mindereinnahmen mit rund 590 Mio. € auf ein verkraftbares Maß begrenzt und werden zudem vom Bund allein getragen.

Nachfolgend werden wesentliche Vereinfachungsmaßnahmen, das Gesetz flankierende Projekte und weitere Vorhaben erläutert.

2 Vereinfachungen und Entlastungen bei der Einkommensbesteuerung

Die Maßnahmen entfalten ihre Wirkung im Schwerpunkt dort, wo das Vereinfachungspotenzial besonders hoch ist beim Aufwand für die Einkommensteuererklärung. Es ist ein Gewinn für Bürgerinnen und Bürger, wenn sie ihren steuerlichen Verpflichtungen leichter nachkommen können. Zielsetzung muss daher sein, zur Einfachheit zurückzufinden und für Entlastungen zu sorgen, indem Erklärungs- und Prüfaufwand reduziert, Anspruchsvoraussetzungen gestrafft und der Dokumentationsaufwand - also der Aufwand für das Sammeln, Sortieren und Aufbewahren von Quittungen und Belegen verringert wird. Steuerpflichtige können von kürzeren und somit übersichtlicheren Erklärungsvordrucken sowie von einem Weniger an "Belegsammelei" profitieren. Aber auch die Finanzverwaltung gewinnt, weil schwierige und zeitaufwendige Prüffelder zukünftig entfallen und Verfahrensabläufe einfacher und weniger arbeitsintensiv werden. Das Besteuerungsverfahren wird somit für alle Beteiligten einfacher, transparenter und nachvollziehbarer.

Die folgenden Änderungen in verschiedenen Bereichen der Einkommensbesteuerung setzen die richtigen Akzente für die Steuerzahler, indem sie insbesondere dazu beitragen, den Erklärungsaufwand zu reduzieren.

2.1 Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags

Die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 € auf 1000 € macht für eine halbe Million Arbeitnehmer zusätzlich das Sammeln von Belegen und den Einzelnachweis der Aufwendungen entbehrlich. Insgesamt ist somit für rund 22 Millionen Arbeitnehmer etwa 60 % aller steuerpflichtigen Arbeitnehmer - kein Einzelnachweis der Werbungskosten in der Steuererklärung mehr erforderlich. Die Anhebung des Pauschbetrags greift bereits rückwirkend für das Jahr 2011.

2.2 Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten

Deutliche Erleichterungen ergeben sich hinsichtlich der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten. Bisher hängt ihr Abzug auch vom Lebensmodell der Eltern ab. Während bei berufstätigen Alleinerziehenden und Paaren, bei denen beide Partner berufstätig oder in Ausbildung sind, für jedes Kind bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zwei Drittel der Kinderbetreuungskosten (maximal 4 000 € pro Jahr und Kind) berücksichtigt werden, können nicht erwerbstätige Alleinerziehende und sogenannte Alleinverdiener-Ehen nur für ihre Kinder im Alter von drei Jahren bis fünf Jahren Kinderbetreuungskosten geltend machen. Auch wird unterschieden, ob der steuerliche Abzug wie Werbungskosten, wie Betriebsausgaben oder als Sonderausgaben erfolgt.

Die Neuregelung verzichtet auf die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen der Eltern, wie Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Krankheit oder Behinderung. Wer Kinderbetreuungskosten hat, soll diese

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

auch steuerlich geltend machen können. Die Notwendigkeit, diese Voraussetzungen mittels Belegen nachzuweisen, entfällt. Insgesamt reduziert sich der Nachweis- und Erklärungsaufwand bei der "Anlage Kind" zur Einkommensteuererklärung deutlich. Als zweiter Vereinfachungsbaustein wird der Abzug in der Systematik der Einkommensteuer vereinheitlicht und somit transparenter. Kinderbetreuungskosten werden nunmehr einheitlich als Sonderausgaben berücksichtigt. Geblieben ist der Abzugshöchstbetrag von zwei Drittel der Aufwendungen, höchstens 4000 € pro Jahr und Kind. Mögliche Wirkungen, die durch die Bezugnahme außersteuerlicher Regelungen auf steuerliche Bezugsgrößen entstehen könnten, werden durch eine gesetzliche Klarstellung vermieden.

2.3 Wegfall der Einkünfteund Bezügegrenze für volljährige Kinder beim Familienleistungsausgleich

Auch der Verzicht auf die Einkommensüberprüfung bei der Beantragung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen für volljährige Kinder zwischen 18 Jahren und 25 Jahren wird den Erklärungsaufwand für Eltern deutlich vermindern. Der für die Eltern zum Teil umfangreiche Ermittlungs- und Erklärungsaufwand liegt darin begründet, dass für volljährige Kinder der Anspruch auf Kindergeld beziehungsweise auf die Freibeträge für Kinder, neben den sachlichen Voraussetzungen (wie z. B. Studium) auch davon abhängt dass die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes den Grenzbetrag von 8 004 € nicht übersteigen.

Die Neuregelung verzichtet auf die Einkünfteund Bezügegrenze. Dies erspart den Eltern Ermittlungs- und Erklärungsaufwand sowohl beim Kindergeldantrag gegenüber den Familienkassen als auch bei der Einkommensteuererklärung.

3 Vereinfachung der Steuerpraxis

Eine verbesserte Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit im Besteuerungsverfahren soll die Steuerpraxis für alle Beteiligten vereinfachen. Diesem steuerpolitischen Anliegen dienen insbesondere folgende Änderungen.

3.1 Neuordnung des Veranlagungswahlrechts bei Ehegatten

Derzeit bestehen insgesamt sieben
Veranlagungs- und Tarifvarianten:
Einzelveranlagung mit Grund-Tarif,
Witwen-Splitting oder "Sonder-Splitting" im
Trennungsjahr, Zusammenveranlagung mit
Ehegatten-Splitting, getrennte Veranlagung
mit Grund-Tarif, besondere Veranlagung
mit Grund-Tarif oder Witwen-Splitting.
Dies bedingt einerseits ein komplexes
Regelungswerk, andererseits entstehen
praktische Schwierigkeiten und Zusatzarbeit
beim Wechsel der Varianten.

Zur Vereinfachung der Besteuerungspraxis sieht die Neuregelung daher eine Reduzierung auf vier Veranlagungs- und Tarifvarianten vor, wobei es keine Schlechterstellungen für Ehegatten geben wird.

3.2 Erstattungsüberhänge bei den Sonderausgaben

Die steuerliche Berücksichtigung von erstatteten Vorsorgeaufwendungen oder Kirchensteuern wird vereinfacht. Erfolgen derartige Erstattungen, ist der Erstattungsbetrag mit den im Veranlagungszeitraum getätigten gleichartigen Aufwendungen zu verrechnen. Der Differenzbetrag ist dann als Sonderausgabe zu berücksichtigen.

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

Sind die Erstattungen höher als die Aufwendungen, ergibt sich ein sogenannter Erstattungsüberhang. Dieser wird bislang im Jahr der ursprünglichen Zahlung dergestalt berücksichtigt, dass das Einkommen des Steuerpflichtigen entsprechend erhöht wird. Hierzu muss der alte, bereits bestandskräftige Steuerbescheid geändert werden.

Die Neuregelung vermeidet dieses Wiederaufrollen der Steuerfestsetzungen aus den Vorjahren und vereinfacht somit die Steuerpraxis für Bürger und Finanzamt.

3.3 Beschränkung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte

Dem Ziel, Steuerpflichtigen bereits im Vorfeld einer Investitionsentscheidung mehr Rechtssicherheit über die damit verbundenen steuerlichen Folgen zu verschaffen, dient die Möglichkeit, beim Finanzamt einen Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft stellen zu können. Bei Bagatellfällen wird künftig auf eine Gebührenerhebung verzichtet. Die Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte wird damit auf wesentliche und aufwendige Fälle beschränkt.

4 Abbau von Steuerbürokratie -Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung

Zudem greift das Gesetz auch die Festlegungen der Bundesregierung zum Abbau von überflüssigen bürokratischen Belastungen auf. Bürokratie betrifft alle Akteure im Besteuerungsverfahren: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die Finanzverwaltung selbst. Arbeitsauftrag ist daher, Verwaltungsprozesse weniger aufwendig zu gestalten und bürokratischen Aufwand auf das notwendige Maß zu

beschränken. Dies zu erreichen, ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung.

Dieser Zielsetzung dient die Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung. Durch Gleichstellung von Papier- und elektronischer Rechnung wurden die bisher sehr hohen Anforderungen an elektronisch übermittelte Rechnungen erheblich herabgesetzt und liberalisiert. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der elektronisch versandten Rechnungen zukünftig stark ansteigt. Insgesamt wird die Wirtschaft so von Bürokratiekosten in Höhe von rund 4 Mrd. € entlastet. Der Gesetzgeber hat insbesondere auch darauf geachtet, die elektronische Rechnungsstellung technologieneutral auszugestalten. Das bedeutet, dass kein bestimmtes technisches Übermittlungsverfahren vorgeschrieben ist. Der Rechnungsaussteller ist vielmehr frei in seiner Entscheidung, in welcher Weise er Rechnungen übermittelt, sofern der Empfänger dem zugestimmt hat. Eine elektronische Signatur ist nicht mehr vorgeschrieben, kann aber gleichwohl verwendet werden.

Der Vereinfachungseffekt für den Unternehmer besteht darin, dass er zukünftig auf aufwendige Signaturoder Datenaustauschverfahren verzichten kann. Stattdessen kann er auf bereits vorhandene innerbetriebliche Kontrollverfahren zurückgreifen, die er aus betriebswirtschaftlichen Gründen zur Überprüfung seiner Zahlungsverpflichtungen verwendet. Für die Verwaltung ist die Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung nicht mit Mehraufwand verbunden.

Wegen der enormen Bedeutung dieser Änderung für die Wirtschaftsbeteiligten sind die Erleichterungen bei der elektronischen Rechnungsstellung bereits rückwirkend zum 1. Juli 2011 in Kraft getreten.

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

5 Flankierende Maßnahmen und Projekte

Die gesetzlichen Neuregelungen werden von einer Reihe von Maßnahmen und Projekten flankiert, die die Zielrichtung des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 unterstützen und vertiefen.

5.1 Modernisierung des Besteuerungsverfahrens -Elektronik statt Papier

Dazu gehört es, den Einsatz moderner Informationstechnologien im Besteuerungsprozess möglichst breit und umfassend zu ermöglichen. Einerseits werden Alternativen zu den bislang papiergestützten Kommunikationswegen für Steuererklärungen - einschließlich der damit einzureichenden Belege - entwickelt und ausgebaut. Andererseits sind die bestehenden Regelungen in den Steuergesetzen daraufhin zu überprüfen, welche derzeit obligatorischen Nachweise oder Unterlagen überhaupt noch erforderlich sind.

In diesem Kontext steht auch die Einführung einer elektronischen vorausgefüllten Einkommensteuererklärung. Sie wird als optionales und kostenloses Serviceangebot der Finanzverwaltung maßgeblich dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger bei der Erfüllung ihrer Erklärungspflichten zu unterstützen. Bei der vorausgefüllten Steuererklärung sind die dem Finanzamt für das aktuelle Veranlagungsjahr vorliegenden Daten automatisch in die richtigen Felder der Steuererklärung eingetragen. Die vom Arbeitgeber bescheinigten Lohnsteuerdaten, Bescheinigungen über den Bezug von Rentenleistungen, Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen und Vorsorgeaufwendungen sowie Name, Adresse und weitere Grundinformationen werden in einer ersten Stufe bereits vorausgefüllt im Internet abrufbar zur Verfügung gestellt. Nach Prüfung und gegebenenfalls Ergänzung der Angaben sendet der Steuerpflichtige seine

Einkommensteuererklärung dann an das Finanzamt.

Die "vorausgefüllte Steuererklärung" wird das "Ausfüllen" der Steuererklärung wesentlich erleichtern und den damit verbundenen Zeitaufwand erheblich reduzieren. Mit diesen und weiteren Projekten wird die Steuerverwaltung ihr elektronisches Serviceangebot zum Nutzen aller am Besteuerungsverfahren Beteiligten schrittweise erweitern.

5.2 Zeitnahe Betriebsprüfung

Als weitere flankierende Maßnahme ist insbesondere auch die "zeitnahe Betriebsprüfung" zu nennen, für die durch Änderung der Betriebsprüfungsordnung erstmals ein bundeseinheitlicher Standard definiert wurde. Er ist für alle Länder- und Wirtschaftsstrukturen gleichermaßen geeignet. Ziel ist eine deutlich gegenwartsnähere Durchführung der Prüfungen.

Für die Unternehmen führen gegenwartsnahe Betriebsprüfungen schneller zu Rechts- und Planungssicherheit. Die Finanzverwaltung sieht die Vorteile vor allem darin, dass Sachverhalte leichter aufgeklärt werden können, da die mit den Vorgängen befassten Mitarbeiter in den Unternehmen noch zur Verfügung stehen.

6 Weitere Vorhaben

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Vereinfachung des Steuerrechts fortzuführen, und hat wesentliche Wegmarken bereits im Steuervereinfachungsgesetz 2011 vorgezeichnet. Zu nennen sind hier insbesondere folgende Vorhaben:

6.1 Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts

Das steuerliche Reisekostenrecht wird aktuell von einer fachbereichsübergreifenden

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ 2011

Projektgruppe auf

Vereinfachungsmöglichkeiten überprüft. Ziel ist es, Vereinfachungsvorschläge insbesondere zu den Themenbereichen "regelmäßige Arbeitsstätte" und "Auswärtstätigkeit" herauszuarbeiten. Hierdurch sollen mehr Rechtssicherheit, eine bessere Handhabbarkeit und eine weitere Entlastung von Aufzeichnungs- und Nachweispflichten erreicht werden. Im Rahmen dieses Projekts werden auch die aktuellen Entscheidungen des Bundesfinanzhofs zur regelmäßigen Arbeitsstätte in die Erörterungen mit einbezogen.

Das Projekt wird seinen Abschluss in einem bis Dezember 2011 zu erstellenden Bericht finden, der dem Deutschen Bundestag als Grundlage für die weiteren Beratungen dienen soll.

6.2 Harmonisierung lohnsteuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften

Auch werden ressortübergreifend Möglichkeiten der weiteren Harmonisierung lohnsteuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften geprüft.

Die materiell-rechtlichen Ziele der beiden Rechtsgebiete sind sehr unterschiedlich; auf der einen Seite steht die Sicherung des allgemeinen Steueraufkommens durch die Finanzverwaltung und auf der anderen die Sicherung von individuellen Anwartschaften und Leistungen durch die von den Trägern der Sozialversicherung erhobenen Beiträge. Mit der Zielsetzung, Praxisschwierigkeiten im Lohnabrechnungswesen zu vermindern, bleibt die Harmonisierung von Lohnsteuerund Sozialversicherungsrecht auf der Tagesordnung - u. a. auch im Rahmen des fortlaufend anzustrebenden Bürokratieabbaus. Vorgesehen ist, dem Deutschen Bundestag bis Ende 2011 einen Sachstandsbericht sowohl im Hinblick auf das Verfahrensrecht als auch

auf das materielle Recht als Grundlage für die weiteren Beratungen vorzulegen.

6.3 Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sieht als mittelfristiges Ziel für die Unternehmensbesteuerung die Prüfung einer Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung sowie der Einführung eines modernen Gruppenbesteuerungssystems anstelle der bisherigen Organschaft vor. Dieser Arbeitsauftrag wurde im Steuervereinfachungsgesetz 2011 noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Eine vom Bundesministerium der Finanzen eingerichtete Facharbeitsgruppe aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden hat diesen Arbeitsauftrag aufgegriffen und prüft derzeit auch unter Berücksichtigung der Aufkommensneutralität entsprechende Vorschläge.

7 Fazit

Die im Zusammenhang mit der Gesetzgebungsmaßnahme geführten intensiven Diskussionen haben noch einmal verdeutlicht, dass Steuervereinfachung ein Arbeitsfeld ist, das neben dem Bürokratieabbau zu Recht ganz weit oben auf der politischen Agenda steht. In der Steuerpolitik wird sich kaum ein anderes Feld finden lassen, bei dem die Notwendigkeit einerseits so unbestritten und die Umsetzung andererseits so schwierig ist. Umso wichtiger ist es, auf diesem Weg beharrlich voranzugehen und Schritt für Schritt Verbesserungen umzusetzen. Dies ist mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 gelungen. Im Koalitionsvertrag und auch im Steuervereinfachungsgesetz 2011 sind Wegmarken für die konsequente Fortführung des Vereinfachungsprozesses vorgezeichnet.

ELSTAM - DIE ELEKTRONISCHE LOHNSTEUERKARTE

ELStAM - die elektronische Lohnsteuerkarte

Beim Lohnsteuerabzug bricht eine neue Zeit an

Ausgangslage	48
Lohnsteuerabzug	48
Lohnsteuerkarte	49
ElsterLohn I	49
Neues Verfahren	49
Verfahrensbeschreibung	49
Zuständigkeiten	
Lohnsteuerermäßigungsverfahren	50
Datensicherheit	50
Datenbank	50
Steuerliche Identifikationsnummer (Idnr.)	50
Datenschutz	
Stand des Verfahrens	51
Stand der technischen Umsetzung	51
Stand der Gesetzgebung	51
Fazit	
	Lohnsteuerermäßigungsverfahren Datensicherheit Datenbank Steuerliche Identifikationsnummer (Idnr.) Datenschutz Stand des Verfahrens Stand der technischen Umsetzung Stand der Gesetzgebung

- Ab dem 1. Januar 2012 wird die alte Lohnsteuerkarte durch ein elektronisches Verfahren (ELStAM) ersetzt.
- ELStAM wird die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Finanzamt erleichtern und sie individuell, papierlos und sicher organisieren.
- Die Belange des Datenschutzes bei der Übermittlung und Speicherung der Lohnsteuerdaten sind gewahrt und erfolgen auf gesetzlicher Grundlage.

Was sind die ELStAM?

Das Kürzel ELStAM steht für die Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale. Darunter versteht man die Informationen über den Arbeitnehmer, die der Arbeitgeber für einen zutreffenden Lohnsteuerabzug braucht. Sie werden künftig in einer Datenbank gespeichert und dem Arbeitgeber zum elektronischen Abruf bereitgestellt. Man kann statt von ELStAM auch von elektronischer Lohnsteuerkarte sprechen.

1 Ausgangslage

1.1 Lohnsteuerabzug

In Deutschland wird die Einkommensteuer auf Arbeitslöhne durch unmittelbaren Einbehalt beim Arbeitgeber erhoben. Wir sind es gewohnt, dass der Arbeitgeber die sogenannte Lohnsteuer direkt vom Lohn abzieht und an das Finanzamt abführt. Um für jeden Arbeitnehmer die Lohnsteuer in zutreffender Höhe einbehalten zu können, braucht der Arbeitgeber jedoch einige Informationen über seine Arbeitnehmer, z. B. die Steuerklasse, eventuelle Freibeträge und gegebenenfalls die

ELSTAM – DIE ELEKTRONISCHE LOHNSTEUERKARTE

Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, für die Kirchensteuer erhoben wird.

1.2 Lohnsteuerkarte

Bislang wurden diese Informationen auf der Vorderseite der Lohnsteuerkarte aufgedruckt. Jährlich erhielt der Arbeitnehmer von seiner Gemeinde eine neue Lohnsteuerkarte, um sie beim Arbeitgeber abzugeben. Das Verfahren ist sehr lange erfolgreich angewandt worden, aber es erforderte einen erheblichen finanziellen und organisatorischen Aufwand bei den Gemeinden, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern. Die bekannte Lohnsteuerkarte gibt es in Deutschland weitgehend unverändert seit dem Jahr 1925. Inzwischen ist die Informationsübermittlung auf einer Kartonkarte, quasi "von Hand zu Hand", durch die modernen Informationstechnologien überholt. Das Lohnsteuerabzugsverfahren wird daher modernisiert. Es soll künftig für alle Beteiligten schneller, bequemer und ohne Medienbrüche ablaufen. Die Lohnsteuerkarte 2010 war die letzte, die von den Gemeinden gedruckt und versandt wurde. Momentan besteht eine Übergangszeit vom alten zum neuen Verfahren. In dieser Zeit behält die Lohnsteuerkarte 2010, samt aller Eintragungen, ihre Gültigkeit, bis das neue Verfahren in Gang gesetzt sein wird. Nötigenfalls stellt das Finanzamt eine Ersatzbescheinigung für den Lohnsteuereinbehalt aus, die dem Arbeitgeber statt einer Lohnsteuerkarte vorgelegt werden kann.

1.3 ElsterLohn I

Ursprünglich wurden auch die Informationen des Arbeitgebers an die Finanzverwaltung über den von ihm durchgeführten Lohnsteuerabzug, die sogenannte Lohnsteuerbescheinigung, auf der Rückseite der Lohnsteuerkarte eingetragen oder als Ausdruck dort aufgeklebt. Dieser Teil des Informationsaustauschs wurde bereits 2004 durch die "elektronische Lohnsteuerbescheinigung" ersetzt.

Der Arbeitgeber sendet diese Daten seither unmittelbar elektronisch an die Finanzverwaltung. Das Verfahren ist unter dem Namen ElsterLohn I bekannt, als erster Teil der Umstellung auf Elektronische Steuererklärungen im Bereich der Lohnsteuer. Diesem ersten Schritt zur Elektronik wird nun ein zweiter folgen, nämlich das Verfahren ELStAM, auch ElsterLohn II oder elektronische Lohnsteuerkarte genannt.

2 Neues Verfahren

2.1 Verfahrensbeschreibung

Beim ELStAM-Verfahren muss der Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber zu Beginn einer neuen Beschäftigung nur noch einmalig sein Geburtsdatum und seine steuerliche Identifikationsnummer (Idnr.) angeben und ihm mitteilen, ob es sich um das Haupt- oder um ein Nebenarbeitsverhältnis handelt. Mithilfe dieser Informationen kann der Arbeitgeber die benötigten ELStAM für den Lohnsteuerabzug elektronisch bei der Finanzverwaltung abrufen. Hat das Arbeitsverhältnis bereits im Jahr 2011 bestanden, liegen dem Arbeitgeber die für den Abruf erforderlichen Informationen in der Regel bereits vor.

Die zutreffende Zuordnung der zum Abruf bereitgestellten ELStAM zum einzelnen Arbeitnehmer erfolgt über dessen steuerliche Identifikationsnummer. Wenn sich an seinen steuerlichen Verhältnissen etwas ändert, z.B. durch Heirat eine neue Steuerklasse anzuwenden ist oder sich die Höhe eines Freibetrags geändert hat, werden die ELStAM entsprechend neu gebildet und der Arbeitgeber bekommt von der Finanzverwaltung die Nachricht, dass geänderte ELStAM für den Arbeitnehmer abzurufen sind. Die ELStAM haben so lange unverändert Gültigkeit, bis sich die steuerlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers ändern. Sie werden - anders als die Lohnsteuerkarte - nicht jährlich neu mitgeteilt. Mit der Einführung der ELStAM wird das

ELSTAM – DIE ELEKTRONISCHE LOHNSTEUERKARTE

lohnsteuerliche Verfahrensrecht geändert, nicht das materielle Lohnsteuerrecht. Durch das neue Verfahren soll es grundsätzlich nicht zu Schlechterstellungen der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber kommen.

2.2 Zuständigkeiten

Im neuen Verfahren ist ausschließlich das Finanzamt für die Lohnsteuerabzugsmerkmale zuständig (z.B. bei der Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen, Steuerklassenwechseln und anderen Freibeträgen).

Die Gemeinden bleiben weiterhin für die melderechtlichen Daten (z. B. Umzug, Heirat, Geburt eines Kindes, Kircheneinoder Kirchenaustritt) zuständig und übermitteln diese tagesaktuell direkt an die Finanzverwaltung. Dort werden Sie in die ELStAM-Datenbank eingearbeitet und führen zu einer Änderung der ELStAM, die dem Arbeitgeber mitgeteilt wird.

2.3 Lohnsteuerermäßigungsverfahren

Für das Lohnsteuerermäßigungsverfahren 2012 müssen sämtliche antragsgebundenen Einträge und Freibeträge neu beim zuständigen Finanzamt beantragt werden. Erfolgt dies nicht, kann der Arbeitgeber die bisherigen Freibeträge nicht bei der Lohnabrechnung im Jahr 2012 berücksichtigen. Eine Ausnahme gilt bei Pauschbeträgen für behinderte Menschen und Hinterbliebene. Sie gelten häufig mehrjährig und können schon in der ELStAM-Datenbank gespeichert sein.

3 Datensicherheit

3.1 Datenbank

Die für die Bildung der ELStAM erforderlichen Daten werden in der beim Bundeszentralamt für Steuern betriebenen ELStAM-Datenbank gespeichert. Diese Datenbank wird zunächst gespeist aus den tagesaktuellen Daten der Meldebehörden (Familienstand, Kircheneintritt oder –austritt, Geburt von Kindern,
Anschriftenwechsel). Hat die Änderung der
Meldedaten, z. B. eine Heirat, Auswirkungen
auf die ELStAM (zu ändernde Steuerklasse),
werden diese automatisch programmgesteuert
geändert und der Arbeitgeber erhält eine
Mitteilung. Andere steuerlich relevante
Änderungen, wie die Eintragung eines
Freibetrags für Werbungskosten, werden durch
das zuständige Finanzamt in die Datenbank
eingearbeitet.

3.2 Steuerliche Identifikationsnummer (Idnr.)

Die zutreffende Zuordnung aller Daten erfolgt grundsätzlich über die steuerliche Identifikationsnummer des Arbeitnehmers.

Dieses steuerliche Ordnungsmerkmal gilt lebenslang. Die Identifikationsnummer gibt es seit 2008. Sie wurde allen Bundesbürgern schriftlich mitgeteilt und ist auch in Schreiben und Steuerbescheiden der Finanzverwaltung enthalten. Die Identifikationsnummer wird in der ebenfalls vom Bundeszentralamt für Steuern geführten Identifikationsnummern-Datenbank verwaltet.

3.3 Datenschutz

Die Übermittlung und Speicherung der Lohnsteuerdaten erfolgt auf gesetzlicher Grundlage und unter Wahrung des Datenschutzes.

Nur der aktuelle Arbeitgeber ist zum Abruf der ELStAM berechtigt. Der Arbeitgeber muss sich für den Abruf authentifizieren. Ein Abruf ist nur mit den nötigen Identifikationsdaten möglich und wird entsprechend protokolliert. Mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses entfällt diese Berechtigung.

Der Arbeitnehmer kann selbstverständlich seine ELStAM zukünftig über das ElsterOnline-Portal unter www.elsteronline.de (Rubrik: Arbeitnehmer) selbst einsehen, wie auch die Arbeitgeber, die diese in den vergangenen

ELSTAM – DIE ELEKTRONISCHE LOHNSTEUERKARTE

zwei Jahren abgerufen haben. Dazu ist eine Authentifizierung unter Verwendung der Identifikationsnummer im ElsterOnline-Portal notwendig. Darüber hinaus ist das zuständige Finanzamt Ansprechpartner für Auskünfte zu den gespeicherten ELStAM.

Über die zum Verfahrensstart erstmalig gespeicherten ELStAM werden die Arbeitnehmer in einem Schreiben der Finanzverwaltung individuell noch im Jahr 2011 informiert werden. Soweit die in dem Schreiben aufgeführten ELStAM nicht mit den tatsächlich zum 1. Januar 2012 vorliegenden Verhältnissen übereinstimmen, können notwendige Änderungen beim zuständigen Finanzamt angestoßen werden. Dies gilt insbesondere auch für die Freibeträge bei Menschen mit einer Behinderung, soweit eine Berücksichtigung beim Lohnsteuerabzug erfolgen soll. Nach Beginn des Verfahrens werden die ELStAM zukünftig in den Lohnabrechnungen des Arbeitgebers ausgewiesen.

Der Arbeitnehmer kann zudem beim zuständigen Finanzamt beantragen, den Abruf seiner ELStAM zu sperren. Dabei kann er einzelne Arbeitgeber sperren, von einer allgemeinen Sperre ausnehmen oder den Abruf grundsätzlich für alle Arbeitgeber sperren. Hierbei ist jedoch zu beachten: Bekommt ein Arbeitgeber aufgrund der vorgenannten Sperrungen keine ELStAM bereitgestellt, ist er verpflichtet, den Arbeitslohn nach Steuerklasse VI zu besteuern.

4 Stand des Verfahrens

4.1 Stand der technischen Umsetzung

Realisiert wird das ELStAM-Verfahren im Rahmen des Vorhabens KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung) unter Federführung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die technische Umsetzung erfolgt im Auftrag des Bundeszentralamts für Steuern und des Landes Nordrhein-Westfalen durch den IT-Dienstleister des Bundes, dem ZIVIT (Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik). An der technischen Entwicklung für den dauerhaften Betrieb des ELStAM Verfahrens ab 2012 wird mit Hochdruck gearbeitet. Sie ist bereits weit fortgeschritten.

4.2 Stand der Gesetzgebung

Nachdem durch das Jahressteuergesetz 2008 die gesetzgeberische Grundentscheidung für eine Verfahrenserneuerung getroffen und die Grundkonzeption des ELStAM-Verfahrens durch eine Einführungsnorm (§ 39e EStG) im Einkommensteuergesetz festgelegt wurde, befinden sich nun die gesetzlichen Vorschriften zur Anpassung der gesamten lohnsteuerlichen Verfahrensregelungen an den dauerhaften Betrieb des neuen Verfahrens in der Gesetzgebung. Die Vorschriften sollen vom Gesetzgeber im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung der Beitreibungsrichtlinie sowie zur Änderung anderer steuerlicher Vorschriften (BeitreibRLUmsG) beschlossen werden und zum 1. Januar 2012 in Kraft treten. Neben dem Einkommensteuergesetz und der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung sind das Solidaritätszuschlaggesetz 1995, das Zerlegungsgesetz, das Gesetz über Steuerstatistiken, das Melderecht und weitere Nebenvorschriften an die Verfahrensumstellung anzupassen.

Das neue Verfahren soll zum 1. Januar 2012 starten. Bislang stehen die Ampeln auf Grün.

5 Fazit

Das Ziel des ELStAM-Verfahrens ist es, die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Finanzamt zu erleichtern und sie individuell, papierlos und sicher zu organisieren. Die Umstellung wird den Lohnsteuerabzug entscheidend modernisieren und an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anpassen. Die automatisierte und zentralisierte Verwaltung der Lohnsteuerabzugsmerkmale in einer

ELSTAM – DIE ELEKTRONISCHE LOHNSTEUERKARTE

speziellen Datenbank wird entscheidend zum Bürokratieabbau innerhalb und außerhalb der Finanzverwaltung beitragen. Es werden künftig aufwendige Medienbrüche vermieden, die bisher durch das wiederholte Erfassen und Übertragen der auf der Lohnsteuerkarte enthaltenen Daten entstanden sind. Die Gemeinden werden bereits jetzt entlastet, weil sie ab dem Jahr 2011 keine Lohnsteuerkarten

mehr drucken und versenden müssen und auch im Übrigen von Zuständigkeiten im Auftrag der Finanzverwaltung entbunden sind. Die Bündelung der Zuständigkeiten macht es auch für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber einfacher und bequemer.

ERGEBNISSE DES TREFFENS DER G20-FINANZ- UND -ENTWICKLUNGSMINISTER SOWIE DER JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK

Ergebnisse des Treffens der G20-Finanzund -Entwicklungsminister sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank

1	Einleitung	53
	Lage der Weltwirtschaft und G20 Framework for Growth	
	IWF-Agenda	
	Entwicklungshilfe und Klimaschutzfinanzierung.	
	Ausblick auf künftige Treffen	

- Die Diskussionen standen im Zeichen der derzeitigen Herausforderungen des Euroraums sowie der hohen Staatsschulden in den USA und anderen Industrieländern.
- Der Kurs der deutschen Finanzpolitik wurde bestätigt.
- Es wurde Einigkeit darüber erzielt, alle notwendigen Schritte für die Stabilität des Bankensektors und der Finanzmärkte gemeinsam umzusetzen.
- Erstmals fand ein gemeinsames Treffen der G20-Finanz- und -Entwicklungsminister zu den Themen Ernährungssicherung, Infrastruktur und Klimaschutzfinanzierung statt.

1 Einleitung

Vom 22. bis 24. September 2011 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC) und das Development Committee der Weltbank in Washington D.C, sowie die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 zu einem gemeinsamen Abendessen. Schwerpunkt der Diskussionen war der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft. Erörtert wurde darüber hinaus das Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ("G20 Framework for Growth"). Außerdem trafen sich am 23. September die Finanzminister und Entwicklungsminister der G20 zu einem Austausch über Entwicklungshilfe- und Klimaschutzfinanzierung.

2 Lage der Weltwirtschaft und G20 Framework for Growth

Die Lage der Weltwirtschaft ist derzeit gekennzeichnet durch eine erhebliche Zunahme von Abwärtsrisiken, zum einen realwirtschaftlich durch den parallelen Rückgang der Wachstumsdynamik in allen Weltregionen, zum anderen bedingt durch Unsicherheiten über die Finanzierungslage von öffentlichen Haushalten und Finanzinstitutionen, insbesondere in den Industrieländern. Diese Zunahme spiegelt sich derzeitig in einer erhöhten Volatilität der Finanzmärkte wider.

Als zentrale Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung stellt der IWF im WEO heraus: (i) die vom Euroraum ausgehenden Unsicherheiten trotz der Beschlüsse des

ERGEBNISSE DES TREFFENS DER G20-FINANZ- UND -ENTWICKLUNGSMINISTER SOWIE DER JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK

Tabelle 1: IWF-Projektionen des World Economic Outlook (WEO) September 2011

	Ist	Projektion		Revision gegenüber Juni-WEO-Update	
	2010	2011	2012	2011	2012
		W	achstumsrate des BIP (in %	6)	
Welt	5,1	4,0	4,0	-0,3	-0,5
Industrieländer	3,1	1,6	1,9	-0,6	-0,7
Schwellen- /Entwicklungsländer	7,3	6,4	6,1	-0,2	-0,3
China	10,3	9,5	9,0	-0,1	-0,5
USA	3,0	1,5	1,8	-1,0	-0,9
Kanada	3,2	2,1	1,9	-0,8	-0,7
Japan	4,0	-0,5	2,3	0,2	-0,6
Eurogebiet	1,8	1,6	1,1	-0,4	-0,6
Deutschland	3,6	2,7	1,3	-0,5	-0,7
Frankreich	1,4	1,7	1,4	-0,4	-0,5
Italien	1,3	0,6	0,3	-0,4	-1,0
Großbritannien	1,4	1,1	1,6	-0,4	-0,7

Annahmen: Konstante reale effektive Wechselkurse auf dem Niveau von 18. Juli 2011 bis 15. August 2011; Ölpreis pro Barrel (Einschätzung auf Basis von Futures) 103,2 US-Dollar 2011 und 100,00 US-Dollar 2012.

Europäischen Rats vom 21. Juli, sowie (ii) eine möglicherweise noch stärkere Wachstumsabschwächung in den USA, bedingt u. a. durch die Unsicherheiten aufgrund fehlender durchgreifender Beschlüsse zur mittelfristigen Fiskalkonsolidierung, des stagnierenden Immobilienmarkts, einer stark ansteigenden Sparquote der privaten Haushalte und einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen. Die hausgemachten Probleme in den Schwellenund Entwicklungsländern hätten sich etwas abgemildert, in einigen Schwellenländern bestünden jedoch vereinzelt weiterhin Risiken einer wirtschaftlichen Überhitzung.

Das Treffen der G20-Finanzminister und
-Notenbankgouverneure am 22. September stand daher eindeutig im Zeichen der aktuellen Schuldenproblematik des Euroraums und der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung der USA und anderer Industrieländer.

Die G20 sicherten zu, sich gemeinsam den aktuellen Herausforderungen der Weltwirtschaft anzunehmen. Die beschlossenen Maßnahmen des Euroraums, der USA, Japans und der Schwellenländer sollten dazu beitragen, die Finanzstabilität zu erhalten, Vertrauen zurückzugewinnen und das Wachstum zu stützen.

Im Einzelnen äußerten die G20 die Erwartung, dass der Euroraum die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Euroraums vom 21. Juli dieses Jahres bis zum nächsten Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure umsetzen wird. Die USA verwiesen auf ihr umfangreiches Wachstums- und Beschäftigungspaket, das mit einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung einhergehen solle. Japan werde unter Beachtung der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung erhebliche fiskalische Anstrengungen unternehmen, den Wiederaufbau nach dem Erdbeben anzugehen. Die Schwellenländer versprachen makroökonomische Reformen, die zu Stabilität und nachhaltigem Wachstum beitragen sollen. Neben Strukturreformen steige auch die Wechselkursflexibilität in Richtung einer stärkeren Orientierung an den Fundamentaldaten. Erneut wurde bekräftigt,

ERGEBNISSE DES TREFFENS DER G20-FINANZ- UND -ENTWICKLUNGSMINISTER SOWIE DER JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK

dass übermäßige Volatilität und ungeordnete Schwankungen der Wechselkurse nachteilig für die wirtschaftliche Stabilität seien.

Die G20-Finanzminister und
-Notenbankgouverneure sicherten zu, alle
notwendigen Maßnahmen zu ergreifen,
die die Stabilität des Bankensektors und der
Finanzmärkte gewährleisteten. Es werde Sorge
getragen, dass die Banken Basel III vollständig
implementierten. Die Zentralbanken
sicherten zu, weiterhin die notwendige
Liquidität bereitzustellen. Die Geldpolitik solle
weiterhin die Preisstabilität sichern sowie die
wirtschaftliche Erholung stützen.

Bei ihrer Diskussion zur Lage der Weltwirtschaft bekräftigten die Finanzminister und Notenbankgouverneure ihr Bekenntnis zur Förderung eines starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Wachstums (G20 Framework for Growth). Beim G20-Gipfel in Cannes im November solle erneut ein Aktionsplan verabschiedet werden. Darin sollten sich die Länder zu kurz- sowie mittel- und langfristigen nationalen Maßnahmen verpflichten, die zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum der G20 beitragen. Hierzu sollten auch glaubwürdige Pläne zur Haushaltskonsolidierung umgesetzt werden.

3 IWF-Agenda

Zum ersten Mal tagte der IWF mit der neuen geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde an seiner Spitze. Christine Lagarde hat in ihrer Rede bei der Jahresversammlung darauf hingewiesen, dass es bei allen erkennbaren Risiken viel Hoffnung auf Besserung der weltwirtschaftlichen Lage gibt, wenn alle Staaten zusammenarbeiten.

Der vom IWF erstmals vorgestellte "Consolidated Multilateral Surveillance Report" wurde als wichtiges Instrument begrüßt, um die Diskussionen stärker auf die zentralen Risiken und Politikthemen zu fokussieren. Der Bericht fasst die

wichtigsten Erkenntnisse aus den drei halbjährlicherscheinenden IWF-Überwachungsberichten, dem WEO, dem Global Financial Stability Report (GFSR) und dem Fiscal Monitor zusammen.

Der Lenkungsausschuss des IWF hat erneut bekräftigt, dass der IWF alle Anstrengungen unternehmen soll, um zur Bewältigung der andauernden Krise und der im WEO aufgezeigten Risiken beizutragen und künftige Krisen zu verhindern.

Bei den Treffen wurde der Kurs der deutschen Finanzpolitik bestätigt. Der IWF und seine Mitgliedsstaaten haben eine entschlossene und zeitnahe Umsetzung der in vielen Industrieländern notwendigen Haushaltskonsolidierung als zentrale Maßnahme erkannt. Deutschland unterstrich, dass Fiskalkonsolidierung mit wirtschaftlichem Wachstum einhergehen könne. Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte sei eine Wachstumsvoraussetzung. Wachstumsfördernde strukturelle Maßnahmen sollten dabei den Konsolidierungspfad begleiten.

Für die geplanten Maßnahmen in Europa gab es viel Unterstützung. Rund um den Globus wird die Diskussion um die Stärkung des Euroraums verfolgt. Das Treffen bot somit die Gelegenheit, auch den nicht-europäischen Partnern die Fortschritte bei der Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Rettungsschirme EFSF und ESM vorzustellen. Die zügige Ratifizierung der EFSF wurde von allen Mitgliedern als essenziell angesehen.

Zur besseren Krisenvorbeugung hat sich der Lenkungsausschuss darauf verständigt, die Überwachungsfunktion des IWF weiter zu stärken. Vor allem länderübergreifende Aspekte rücken zunehmend in den Fokus. Der IWF mit seiner globalen Mitgliedschaft ist hierfür die richtige Institution. Eine zeitnahe Überprüfung der IWF-Kreditinstrumente soll dazu beitragen, mögliche Lücken im IWF-Instrumentarium zu schließen und globale finanzielle Sicherheitsnetze zu stärken. Um die

ERGEBNISSE DES TREFFENS DER G20-FINANZ- UND ENTWICKLUNGSMINISTER SOWIE DER JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK

Handlungsfähigkeit des IWF in der aktuellen Situation, aber auch in künftigen Krisen, sicherzustellen, soll die Angemessenheit der IWF-Ressourcen überprüft werden.

4 Entwicklungshilfe und Klimaschutzfinanzierung

Der Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, wies in seiner Rede auf der Jahresversammlung darauf hin, dass auch die ärmsten Länder von der Krise betroffen sind und diese nicht aus den Augen verloren werden dürften. Die Weltbank setzt daher ihre Anstrengungen bei Arbeitsplatzaufbau und Privatsektorentwicklung, Gleichbehandlung von Frauen, Infrastrukturförderung und Nahrungsmittelsicherheit fort und setzt mit der Bewirtschaftung der Weltmeere, der sogenannten "blue economy", einen zusätzlichen Schwerpunkt.

Erstmals fand ein gemeinsames Treffen der G20-Finanz- und -Entwicklungsminister statt. Im Kommuniqué begrüßen die Minister die Verankerung des Themas Entwicklung auf der G20-Agenda als "Schlüsselelement der Agenda für eine globale, wirtschaftliche Erholung" und vereinbarten, die Anstrengungen in diesem Bereich auch über den Cannes-Gipfel hinaus zu stärken.

Die Minister besprachen den vorläufigen Bericht der G20-Arbeitsgruppe "Entwicklung", der in Cannes verabschiedet werden soll. Schwerpunkte bildeten hierbei die Themen "Ernährungssicherung" und "Infrastruktur". Bei Ernährungssicherung werden insbesondere die Bereiche Produktionssteigerung, Forschung, Risikomanagement und Schutz besonders anfälliger Gruppen thematisiert. Bei "Infrastruktur" begrüßten die Minister die bisherigen Arbeiten des "High Level Panel on Infrastructure"; ebenso wurden die andauernden Arbeiten der Weltbank an der Erstellung eines Aktionsplans für den Gipfel gewürdigt.

Bei dem Treffen informierte ferner ein Vertreter der Gates-Stiftung über den Fortgang der Arbeiten zu dem vom französischen Vorsitz erbetenen Bericht von Bill Gates zur Entwicklungsfinanzierung. Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, und Weltbank-Präsident Robert Zoellick stellten den ersten Entwurf ihres Berichts zu Quellen der Klimaschutzfinanzierung vor. Eine ausführliche Debatte zu diesen Themen ist erst beim anstehenden G20-Finanzministertreffen in Cannes nach Vorlage der Endberichte zu erwarten.

5 Ausblick auf künftige Treffen

Ein weiteres Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure fand am 14. und 15. Oktober 2011 in Paris statt. Die Beratung dort diente unmittelbar der Vorbereitung des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs am 3. und 4. November 2011 in Cannes. Die nächste gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank findet vom 12. bis 14. Oktober 2012 in Tokio statt.

Übers	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	. 59
1	Kreditmarktmittel	59
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015.	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2010 bis 2015	61
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	63
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entwicklung der EO-Haushalte 2010 bis 2011	03
Übers	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 86
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	87
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis August 2011	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2011	90
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 94
		-
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	94
2	Preisentwicklung	95
3	Außenwirtschaft	96
4	Einkommensverteilung	97
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	98
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	98
6	Prouktionspotenzial und -lücken	100
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	.101
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	109
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	110
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	111
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	112
	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	118

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Juli 2011	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. August 2011
		in M	io.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	44 000	0	0	44 000
Anleihen ¹	626 736	6 000	0	632 736
Bundesobligationen	204 000	0	0	204 000
Bundesschatzbriefe ²	8 473	34	64	8 442
Bundesschatzanweisungen	142 000	7 000	0	149 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	77 587	7 196	9 1 7 9	75 605
Finanzierungsschätze ³	562	36	53	546
Tagesanleihe	1 844	90	53	1 882
Schuldscheindarlehen	12 323	0	0	12 323
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	701	0	351	350
Kreditmarktmittel insgesamt	1 118 277			1 128 935

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Juli 2011			31. August 2011
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	239 195			236 873
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	350 434			357 519
langfristig (mehr als 4 Jahre)	528 649			534 543
Kreditmarktmittel insgesamt	1 118 277			1 128 935

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $^{^2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2011	Belegung am 30. September 2010
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	117,6	107,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	38,4	33,5
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,8	2,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	109,5	105,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	22,4	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,8	- 0,5	+1,6
2. Einnahmen ¹	259,3	257,0	278,4	286,3	290,9	300,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,3	+2,8	+1,6	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+1,3	+7,9	+3,6	+3,7	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-27,6	-25,3	-19,1	-15,1
in % der Ausgaben	14,6	16,0	9,0	8,1	6,1	4,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	317,9	270,0	284,6	273,2	279,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	-1,6	-0,0	-1,2	-1,2
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,4	259,7	255,7	265,6
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-27,2	-24,9	-18,7	-14,7
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,4	29,7	29,5	29,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,8	+24,0	-18,4	+12,4	- 0,6	-0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2011.

 $^{^1\}mbox{Gem.\,BHO}\ \S\,13\ \mbox{Absatz}\ 4.2\ \mbox{ohne}\ \mbox{M\"unzeinnahmen.}$

 $^{^{\}rm 2}$ nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 799	27 366	27 086	26 894	26 729
Aktivitätsbezüge	21 117	20 749	20218	19861	19614	19 387
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10337	10 339	10357	10 349
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038
Versorgung	7 079	7 050	7147	7 226	7 280	7 3 4 2
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 665	4720	4740	4 758
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 602	23 506	23 424	23 030
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 280	1 305	1 296	1 308
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 655	10 574	10 435	10 085
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 667	11 627	11 693	11 637
Zinsausgaben	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
an andere Bereiche	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
Sonstige	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	38 350	42 261	45 949	49 000
an Ausland	8	0	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 029	188 789	188 751	191 577
an Verwaltungen	14114	15 094	17 655	19 178	20 081	20 237
Länder	8 579	9 3 5 4	11 880	13 342	14271	14 442
Gemeinden	17	18	11	10	10	9
Sondervermögen	5 5 1 8	5 721	5 763	5 825	5 800	5 786
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 374	169 611	168 670	171 340
Unternehmen	24212	25 056	24943	25 362	25 513	25 853
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	26731	25 271	23 748	23 569
an Sozialversicherung	120 831	114657	113 824	112 275	112 903	115 379
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 645	1 656	1 664	1 663
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 229	5 045	4840	4875
an Sonstige	3	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	274 234	279 388	281 684	285 060	290 377

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 487	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	6014	6017	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	891	943	900	873
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 119	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14581	14 652	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 092	4 963	4865	4716	4 620
Länder	5 142	5 031	4887	4772	4624	4 541
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 689	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6 333	6 3 6 9	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 3 1 0	3 356	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136
Ausland	269	237	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 254	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4 2 5 3	3 426	3 449	3 353
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	9 443	4 2 5 3	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	(
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2 3 6 8	2 3 7 1	2 081	1 960	1744
Ausland	1 587	1 675	1 881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4345	4345	4345
Inland	13	1	1	1	1	1
Ausland	797	805	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	26 860	30 154	29 976	29 755
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26393	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 248	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 000	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 158	49 061	23 242	18 882	-	6 937
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 021	5 8 1 8	3 440	1 354	-	1 024
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 2 1 0	4706	508	176	_	4022
3	Verteidigung	31 542	31 264	14546	15 718	_	1 001
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 695	3 3 3 3	2 105	995		232
5	Rechtsschutz	354	339	248	74		16
6	Finanzverwaltung	4336	3 600	2 3 9 5	565	-	641
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 501	14 256	478	891	-	12 887
13	Hochschulen	4 032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 358	2 358	-	-	-	2 3 5 8
15	Sonstiges Bildungswesen	595	518	9	65	-	444
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 825	7 807	458	812	-	6 5 3 7
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	691	537	1	6	-	531
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 973	154 035	228	389	-	153 418
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 138	109 138	52	-	-	109 086
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	7 973	7 973	-	3	-	7 970
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 526	2 201	-	32	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 374	33 257	48	103	-	33 105
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 683	1 187	127	250	-	809
3	Gesundheit und Sport	1 516	883	277	307	-	299
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	451	368	147	173	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	451	368	147	173	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	80	72	-	72
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	524	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 064	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	664	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	178	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	_	70	_	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	259	215	29	107	_	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

E ditte	A	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	888	2 677	2 533	6 097	6 065
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	202	2	-	203	203
2	Auswärtige Angelegenheiten	115	2 508	1 881	4 504	4503
3	Verteidigung	210	67	-	278	246
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	263	99	-	362	362
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	83	1	651	735	735
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 112	-	3 245	3 245
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 888	-	2 019	2019
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	154	-	154	154
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	929	1	939	504
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	117	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	492	-	496	496
3	Gesundheit und Sport	420	213	-	633	633
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	342	6	-	348	348
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 242	4	1 246	1 246
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	647	-	647	647
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	_	-	-	-	
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	_	_	-	-	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42	_	44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 913	2 445	60	501	-	1 885
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	750	587	-	383	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	411	379	-	379	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 555	1 537	-	0	-	1 537
64	Handel	62	62	-	9	-	53
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	595	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 950	250	60	101	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 847	4 135	1 047	1 977	-	1 112
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 736	854	510	304	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	199	197	47	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 115	2 041	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 147	12 076	-	6	-	12 069
81	Wirtschaftsunternehmen	10908	6836	-	6	-	6 8 3 0
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6892	6 760	-	2	-	6 759
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 923	41 133	2 005	451	38 392	285
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	323	285	-	-	-	285
92	Schulden	38 405	38 405	-	13	38 392	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 194	2 443	2 005	438	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 000	279 388	27 366	23 602	38 392	190 029

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	675	1 691	2 468	2 468
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	586	-	586	586
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 691	1 700	1 700
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 934	1 777	-	7 712	7 712
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	16	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 487	15 119	4 254	26 860	26 393

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	gebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,
-								
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³				47,0				
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
2-3			ls	t-Ergebnisse	:			Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	278,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	-0,9	8,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 27,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	% Wird.e	- 1,4	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	- 1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	8,
Anteil a. d. Personalausgaben des	/0	10,1	10,0	3,0	3,0	9,0	9,5	3,1	0,
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,8	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	38,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	8,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	E0.3	57,9	58,6	59,7	61.0	55,5	E7 E	
öffentl. Gesamthaushalts ³	/6	58,3	57,9	36,6	59,7	61,0	55,5	57,5	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	24,0	- 18,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,8	
öffentl. Gesamthaushalts ³									2.47
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	247,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	1,3	7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	80,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	-48,4	- 27,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	103,
Bundes	70	, .	,0	5 .,,	,.	. 20,0	. 00,0	,1	
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	59,0	60,2	103,7	60,3	38,5	67,1	124,4	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 026,7	2068	
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 311,0	1335 1/2	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

³ Stand Stabilitätsrat Juli 2011; 2011 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
				in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹										
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,1			
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9			
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8			
darunter:										
Bund ²										
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7			
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3			
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3			
Länder ³										
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,			
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9			
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8			
Gemeinden ⁴										
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2			
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5			
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									
Öffentlicher Gesamthaushalt										
Ausgaben	-0,8	+2,0	+1,8	+1,7	+4,6	+7,3	+1,0			
Einnahmen	-0,5	+4,6	+4,1	+8,5	+3,2	-5,1	+2,9			
darunter:										
Bund										
Ausgaben	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9			
Einnahmen	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-4,7	+0,6			
Länder										
Ausgaben	-1,0	+1,1	+0,0	+2,1	+4,4	+3,2	+0,2			
Einnahmen	+1,9	+1,6	+5,4	+9,2	+1,1	-6,2	+2,7			
Gemeinden										
Ausgaben	+0,1	+2,0	+2,8	+2,6	+4,0	+6,1	+2,2			
Einnahmen	+3,3	+3,3	+6,0	+6,0	+3,9	-3,2	+2,			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

	Steueraufkommen												
	inagaaamt	davon											
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern								
Jahr		in Mrd. €		in	%								
		Bundesrepubli	k Deutschland										
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9								
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0								
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1								
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5								
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2								
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6								
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5								
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4								
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3								
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6								
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8								
2011 ²	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7								
2012 ²	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1								
2013 ²	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8								
2014 ²	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0								
2015 ²	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3								

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³		
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote		
Jahr		in Relation zu	m BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32		
1965	23,5	34,1	23,1	33		
1970	23,0	34,8	21,8	32		
1975	22,8	38,1	22,5	36		
1980	23,8	39,6	23,7	38		
1981	22,8	39,1	22,9	38		
1982	22,5	39,1	22,5	38		
1983	22,5	38,7	22,6	37		
1984	22,6	38,9	22,5	37		
1985	22,8	39,1	22,7	38		
1986	22,3	38,6	22,3	37		
1987	22,5	39,0	22,5	38		
1988	22,2	38,6	22,2	37		
1989	22,7	38,8	22,8	37		
1990	21,6	37,3	22,2	37		
1991	22,0	38,9	22,0	38		
1992	22,3	39,6	22,7	39		
1993	22,4	40,1	22,6	39		
1994	22,3	40,5	22,5	39		
1995	21,9	40,5	22,5	40		
1996	21,8	41,0	21,8	40		
1997	21,5	41,0	21,3	39		
1998	22,1	41,3	21,7	39		
1999	23,3	42,3	22,6	40		
2000	23,5	42,1	22,8	40		
2001	21,9	40,2	21,3	38		
2002	21,5	39,9	20,7	38		
2003	21,6	40,1	20,6	38		
2004	21,1	39,2	20,2	37		
2005	21,4	39,2	20,3	37		
2006	22,2	39,5	21,1	38		
2007	23,0	39,5	22,2	37		
2008	23,1	39,7	22,7	38		
2009	23,0	40,3	22,1	38		
2010	22,2	39,1	21,4	37		

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

²⁰⁰⁷ bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995	48,2	27,7	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000	47,6	26,4	21,2
2000 ⁴	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,0	25,0	19,1
2009	48,1	27,0	21,1
2010 ⁴	47,9	27,4	20,4

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 709	1 582 466	1 649 046	1 767 74
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	_	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	SIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,1	65,2	66,7	74,4
			Schu	lden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zzgl. \, Kassen kredite$

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€		Schulden esamt	in % de	es BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 035 904				82,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1311919		64,4		53,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 295 663		63,6	43,5	52,
Kassenkredite		16 256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		50,9		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,2	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0,
Extrahaushalte		276 273		13,6		11,
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	273 471		13,4	2,5	11,
Kassenkredite		2802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds				0,0	0,0	0,
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,8		0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14 500		0,7	0,7	0
Kassenkredite		2 802		0,1		0
FMS Wertmanagement		216 427		10,6		8.
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,5		24,
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,2		24,
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524 182		25,7		21,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,5	21,0	21,
Kassenkredite		4 8 3 5		0,2		0,
Extrahaushalte		75 788		3,7		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 706	75 692		3,7	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	0.€		Schulden esamt	in % d€	s BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 477		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84 271		4,1		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,7	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände ³		1602		0,1		0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52		0,0		0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6 622		0,3		0,
Wertpapierschulden und Kredite	6 2 3 8	6394		0,3	0,3	0,
Kassenkredite		227		0,0		0,
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,
Kassenkredite				0,0		0,
Kernhaushalte		506		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	539	506		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24904				
Maastricht-Schuldenstand	1 767 744	2 061 795			74,4	83
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $^{^1}$ Auf Grund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2 \}hbox{Einschl. aller\"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.}$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}$ haus halte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	ftlichen Gesamt	rechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatist
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt
		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7
2000 ⁴	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0		_
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9
20104	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

 $^{2007\,}bis\,2010\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis;\,Stand:\,August\,2011.$

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-0,3	-1,3	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	0,1	-0,6	-2,4
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,8	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,1	-7,3	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,4	-4,5	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,1	-3,5	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,5	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,7	0,0	0,9	2,0
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,5	-4,2	1,6	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0
EU	-	-	-	5,2	-0,4	-2,5	-0,9	-2,4	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,2	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,5	83,2	82,4	81,1
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	96,8	97,0	97,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	6,6	6,1	6,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,4	110,7	127,1	142,8	157,7	166,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,3	60,1	68,1	71,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,9	67,7	78,3	81,7	84,7	86,8
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,4	65,6	96,2	112,0	117,9
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,9	103,6	106,3	116,1	119,0	120,3	119,8
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	60,8	62,3	64,3
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,6	18,4	17,2	19,0
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,6	62,0	61,5	67,6	68,0	68,0	67,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	62,7	63,9	64,0
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	68,3	71,6	83,0	93,0	101,7	107,4
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	41,0	44,8	46,8
Slowenien	-	-	-	18,7	26,4	26,7	23,1	21,9	35,2	38,0	42,8	46,0
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	48,4	50,6	52,2
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,1	70,0	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,6	16,2	18,0	18,6
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,5	34,5	41,8	43,6	45,3	47,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	44,7	48,2	49,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	38,2	40,7	43,6
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,0	55,4	55,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	12,6	13,4	23,6	30,8	33,7	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	40,2	38,8	42,8	39,8	36,5	33,4
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	38,5	41,3	42,9
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	80,2	75,2	72,7
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	54,4	69,6	80,0	84,2	87,9
EU	-	-	-	69,7	61,8	62,8	59,0	62,3	74,4	80,2	82,3	83,3
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	195,0	217,6	223,1	236,1	242,1
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92,0	98,3	102,4

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011; für USA und Japan alle Jahre. Stand: Mai 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

l and					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3	
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9	
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7	
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuerr	und Sozialat	ogaben in % d	es BIP			
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau							
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
5 1	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43.5	43,8	47,5	46,6	45,3	44,3
Deutschland 1	58,5	52,3	52,2	49,1	52,0	48,6	48,4	50,1	54,0	53,0	53,1	53,6
Belgien	36,3	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	40,0	39,8	40,4
Estland	46 E	48,2				48,9	_	49,3	_		53,7	
Finnland	46,5		61,4	48,3	50,0		47,2		56,0	54,8		53,5
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,8	56,2	56,2	55,8	55,4
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,3	49,6	52,7	49,6	49,7	49,5
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	67,0	45,5	43,9
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	50,6	49,9	49,2
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	41,2	40,3	40,1
Malta	-	-	39,7	41,0	44,6	44,3	42,6	43,5	43,2	42,3	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,9	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,3	50,2	49,4
Österreich	53,5	51,5	56,4	52,0	50,2	49,4	48,8	49,2	52,9	53,0	52,4	52,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	44,3	44,6	49,8	50,7	47,7	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,3	44,6	42,5	44,1	49,0	49,0	49,1	48,1
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,0	42,9	42,0
Zypern	-	-	33,1	36,6	42,9	42,6	41,2	41,7	45,8	46,6	46,1	45,9
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	46,0	46,9	50,8	50,4	49,1	48,5
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,7	37,7	37,4	36,6
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	58,0	57,5	56,8
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,8	38,8	44,2	42,9	41,4	40,4
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	44,0	41,2	39,0	38,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,5	45,7	45,8	43,7
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	35,5	36,3	38,3	40,6	40,8	38,8	38,1
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,9	52,7	51,5	50,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	41,0	38,8	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,2	45,6	45,2
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,6	48,8	50,4	45,3
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,6	51,0	49,8	48,6
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,3	49,1	48,3
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,3	41,7	40,8
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,2	41,8	42,3	44,1	44,8

 $^{^{1}1985\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Stand: Mai 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Haus	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisier ungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 1,4	- 3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

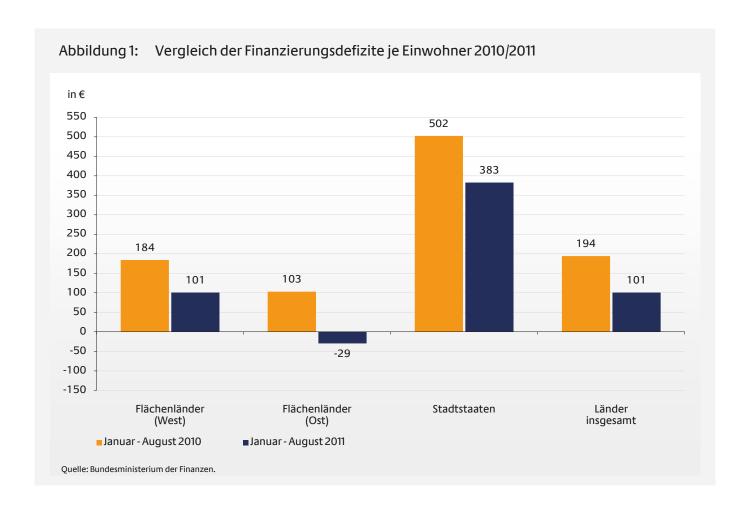
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenländ	der (West)	Flächenlän	der (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	188 549	130 252	49 619	33 139	31 812	22 518	264 200	182 609
darunter:								
Steuereinnahmen	144 221	98 790	25 619	17 988	19 557	13 855	189 397	130 632
Übrige Einnahmen	44 328	31 462	24 000	15 151	12 255	8 662	74803	51 977
Bereinigte Ausgaben	204 900	136 587	51 641	32 760	37 218	24 783	287 978	190 831
darunter:								
Personalausgaben	81 562	55 211	12 385	8 183	10726	7 738	104673	71 132
Lfd. Sachaufwand	13 503	8 499	3 771	2 339	7 833	5 688	25 106	1652
Zinsausgaben	13 736	9 762	3 134	1 900	4069	2 705	20939	1436
Sachinvestitionen	4078	2 178	1 708	874	820	450	6 606	3 502
Zahlungen an Verwaltungen	55 021	36 182	15 717	12 172	917	721	65 875	45 775
Übrige Ausgaben	37 000	24 755	14926	7 292	12854	7 481	64779	39 528
Finanzierungssaldo	-16 351	-6 335	-2 021	379	-5 396	-2 266	-23 769	-8 22

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2011

		in Mio. €								
			August 2010			Juli 2011			August 2011	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	160 620	167 657	317 453	150 535	162 059	301 233	169 910	182 609	339 823
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	156 792	158 838	315 629	147 411	152 576	299 987	166 393	171 875	338 268
111	Steuereinnahmen	139 419	121 043	260 462	135 977	116 540	252 517	153 323	130 632	283 955
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 706	30 156	31 863	1 540	27 921	29 461	1 848	32 261	34110
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 200	1 200	-	1 249	1 249	-	1 331	133
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 829	8 820	12 649	3 124	9 482	12 606	3 5 1 7	10734	1425
121	Veräußerungserlöse	1 862	223	2 085	999	345	1 344	1 040	367	1 400
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 490	64	1 554	796	84	880	809	88	898
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	461	6314	6774	538	6 684	7 222	735	7 298	8 033
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	209 871	183 531	382 577	185 285	168 649	342 574	206 420	190 831	384 55
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	195 146	166 291	361 437	172 739	152 975	325 713	191 952	172 743	364 69
211	Personalausgaben	19 456	69 224	88 679	17 011	62 550	79 561	19 294	71 132	90 42
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 443	19 839	25 282	4848	18 050	22 899	5 486	20 592	26 078
212	Laufender Sachaufwand	11 954	16 101	28 055	10 259	14359	24618	12 060	16 527	28 58
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	5 640	10 657	16 297	4997	9 438	14 436	5 8 7 4	10 858	16 732
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	29 109	14 480	43 589	29 078	13 152	42 231	29 217	14367	43 583
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 389	34 792	44 181	9 466	34363	43 829	10 646	38 694	49 340
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-514	-514	-	599	599	-	668	668
2142	Zuweisungen an Gemeinden	11	32 957	32 968	7	31 516	31 523	8	35 505	35 51
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	14 726	17 240	31 966	12 547	15 674	28 221	14 468	18 087	32 550
221	Sachinvestitionen	3 792	3 438	7 2 3 0	2 896	2913	5 809	3 601	3 502	710
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 814	6 2 6 5	9 078	2 725	6213	8 938	2 883	7 081	9 96
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	14414	16832	31 246	12 275	14992	27 267	14 159	17 401	31 56

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2011

			August 2010			Juli 2011			August 2011	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 49 202 ²	-15 874	-65 076	-34 709 ²	-6 590	-41 299	-36 459 ²	-8 222	-44 681
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	207 329	52 787	260 116	192 080	44 670	236 750	207 919	56 030	263 948
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	165 988	54 004	219991	161 877	55 748	217 626	171 067	60 869	231 936
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	41 341	-1 217	40 125	30 203	-11078	19 124	36 851	-4839	32 01
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-9 046	6772	-2 274	-13 087	6 953	-6 134	-19 526	3 284	-16 24
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 291	15 291	-	17 399	17 399	-	16981	1698
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	9 046	-7 559	1 487	13 090	-6 436	6 654	19 527	-2 542	1698

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	23 303	28 504 a	6 303	13 163	4 337	15 567	34 167	8 138	2 31	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	22 282	27 276	5 784	12 585	3817	14844	32 394	7 801	2 27	
111	Steuereinnahmen Einnahmen von	17 133	21 998	3 681	10 329	2 193	10993	26 502	5 957	157	
112	Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 763	2 8 6 8	1 716	1 506	1 380	1 994	4212	1 374	61	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	82	-	76	28	101	64	2	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	179	-	228	188	224	144	6	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 021	1 228 a	519	578	520	723	1 773	337	4	
121	Veräußerungserlöse	1	1	16	14	5	72	5	1		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	69	-	-		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	754	936	245	552	227	577	1316	223	2	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	24 374	27 480 b	6 301	14 369	4 390	16 477	36 355	9 599	2 40	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	22 012	24831 b	5 574	13 084	3 797	15 456	32 647	8 622	2 24	
211	Personalausgaben	10 571	12 049	1 544	5 149	1 085	6387 ²	13 816 ²	3 838	97	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 407	3518	117	1 681	68	2 0 2 6	4729	1 170	37	
212	Laufender Sachaufwand	1 155	1948 ^c	369	1 140	272	1 103	2 064	655	12	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 047	1 571 °	309	917	239	910	1 529	554	11	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 519	870 ^d	448	1 140	221	1 303	3 208	724	35	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 300	7 168	2 152	3 554	1 426	4024	7 475	2 153	28	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	950	2 405	-	1 272	-	-	-	-		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4306	4697	1 824	2 258	1 200	4023	7 415	2 122	27	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 362	2 649	727	1 284	592	1 021	3 708	976	15	
221	Sachinvestitionen	482	838	47	380	183	130	171	71	1	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 033	982	304	604	218	283	1 843	364	3	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 280	2 550	727	1 240	592	1 021	3 552	942	14	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 071	1 025 °	2	-1 206	- 52	- 910	-2 188	-1 461	- 88
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4879	2 544 f	2 122	4 655	720	2 990	14847	6 566	383
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 755	2 730 f	3 761	4 641	740	2 858	15 804	6 524	67
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-876	- 186	-1 640	14	- 20	132	- 958	42	- 29
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	600	130	-	-	-	191	399
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 083	4 469	28	1 244	879	2 423	1 245	3	379
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 089	-	-1 296	52	151	1 402	397	- 190	

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne September-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 270,0 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 269,9 Mio. €, e -251,8 Mio. €, f 50,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 928	5 968	5 757	5 603	13 055	2 506	6 967	182 609
11	Einnahmen der laufenden Rechung	9 109	5 503	5 487	5 126	12 403	2 447	6714	171 875
111	Steuereinnahmen	5 716	3 246	4304	3 152	6 928	1 470	5 457	130 632
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 908	1 961	802	1 676	4138	750	600	32 26
1121	darunter: Allgemeine BEZ	180	102	15	95	484	82	-	1 33
1122	Länderfinanzausgleich ¹	461	303	39	283	1 586	269	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 819	465	270	477	652	59	253	10 73
121	Veräußerungserlöse	2	4	3	10	134	2	92	36
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	10	1	0	88
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 302	219	187	234	318	52	135	7 29
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 629	6 331	6 193	6 109	14 539	2 866	7 389	190 83
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 432	5 722	5 747	5 496	13 765	2 637	6 640	172 74
211	Personalausgaben	2 466	1 549	2 425	1 539	4 5 7 9	933	2 2 2 2 6	71 13
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	131	110	850	96	1 204	308	802	20 59
212	Laufender Sachaufwand	597	654	310	448	3 281	469	1 939	16 52
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	445	240	262	255	1 523	227	719	10 85
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	229	510	640	492	1 726	326	654	1436
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 364	1 851	1 535	2 059	180	84	52	38 69
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	10	66
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 600	1 522	1 466	1 788	5	3	7	35 50
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 197	609	446	614	774	229	749	18 08
221	Sachinvestitionen	388	104	98	152	171	40	239	3 50
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	352	247	205	199	75	79	261	7 08
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 197	609	445	614	734	227	529	17 40

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 299	- 363	- 437	- 507	-1 484	- 361	- 422	-8 222
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	490	3 113	2 218	1 805	7 617	2 441	-1 359	56 03
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	761	2 476	2 528	1 680	7 200	2 735	-	60 86
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 271	638	- 309	125	417	- 294	-1 359	-483
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	867	-	120	584	169	225	3 28
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 194	59	-	-	414	393	2 168	1698
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-887	- 572	288	- 574	- 157	938	-2 54

 $^{^1 {\}sf In}\, {\sf der}\, {\sf L\"{a}nder} summe \, {\sf ohne}\, {\sf Zuweisungen}\, {\sf von}\, {\sf L\"{a}ndern}\, {\sf im}\, {\sf L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

² Ohne September-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 270,0 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 269,9 Mio. €, e -251,8 Mio. €, f 50,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	1,9	3,3	2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	0,3	1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	2,5	2,5	2,7	22,5
1995	37,8	0,4	50,2	3,2	7,9	1,7	1,3	2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	0,8	0,9	2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	1,7	1,9	2,3	21,0
1998	38,1	1,1	50,9	3,7	8,9	1,9	0,7	1,1	21,1
1999	38,7	1,5	51,2	3,4	8,1	1,9	0,4	0,9	21,3
2000	39,4	1,7	51,6	3,1	7,4	3,1	1,3	2,7	21,5
2001	39,5	0,3	51,7	3,2	7,5	1,5	1,2	2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	0,0	0,6	1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	0,5	0,9	17,8
2004	39,0	0,3	52,2	4,2	9,7	1,2	0,9	0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	0,7	0,8	1,2	17,3
2006	39,2	0,6	52,6	4,2	9,8	3,7	3,1	3,6	18,1
2007	39,9	1,7	52,7	3,6	8,3	3,3	1,5	1,7	18,4
2008	40,3	1,2	52,9	3,1	7,2	1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	0,5	53,1	2,9	6,8	3,7	3,2	1,4	17,5
2005/00	39,2	-0,2	51,9	3,8	8,8	0,6	0,8	1,4	18,7
2010/05	39,9	0,8	52,9	3,6	8,3	1,3	0,5	0,8	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	а.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2005/00	+1,7	+1,1	+0,3	+1,0	+1,5	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+0,9	-0,2	+1,0	+1,2	+1,6	+0,6

 $^{^{1}} Einschl.\, private\, Organisation en\, ohne\, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	0,4	0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	9,1	8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	7,8	6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	6,0	4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	12,7	11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	6,9	6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	16,2	18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	7,0	1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	0,9	2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	10,3	7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	8,6	9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	14,6	14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	8,8	5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	3,8	6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	16,5	16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2005/00	6,1	3,5	75,8	44,0	36,6	33,1	3,5	2,0
2010/05	4,8	5,0	137,4	146,4	45,1	39,4	5,8	6,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	1.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		
1992	6,7	2,6	8,4	71,9	72,1	10,2	4,0
1993	1,4	-0,8	2,3	72,5	72,9	4,3	0,9
1994	4,1	8,2	2,5	71,4	72,0	1,9	-2,3
1995	3,9	4,9	3,5	71,1	71,8	2,9	-0,9
1996	1,5	3,1	0,8	70,7	71,5	1,2	0,4
1997	1,5	4,2	0,3	69,9	70,8	0,0	-2,5
1998	1,8	1,3	2,0	70,0	71,0	0,8	0,4
1999	1,0	-2,4	2,5	71,1	72,0	1,3	1,3
2000	2,2	-1,5	3,7	72,1	72,9	1,3	1,7
2001	2,3	3,6	1,9	71,8	72,6	2,0	1,3
2002	0,9	1,7	0,6	71,6	72,5	1,4	0,1
2003	1,1	3,2	0,2	71,0	72,1	1,1	-1,3
2004	4,9	16,0	0,3	67,9	69,2	0,5	0,9
2005	1,6	6,4	-0,7	66,4	68,0	0,3	-1,4
2006	5,5	13,3	1,6	63,9	65,5	0,8	-1,2
2007	3,8	5,8	2,7	63,2	64,7	1,5	-0,4
2008	0,9	-3,7	3,6	64,9	66,3	2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	5,1	10,5	2,5	66,5	68,0	2,2	1,6
2005/00	2,1	6,0	0,5	70,1	71,2	1,1	-0,1
2010/05	2,1	2,0	2,1	65,5	67,0	1,3	-0,2

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

			Produktio	nslücken				
	preisbereinigt		nom	ninal	preisbere	einigt	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5	
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8	
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7	
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1	
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6	
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8	
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9	
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6	
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3	
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2	
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4	
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9	
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5	
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4	
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7	
1988	1 531,7	+3,7	1 217,5	+5,5	
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9	
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8	
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4	
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3	
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9	
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1	
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8	
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5	
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1	
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6	
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4	
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5	
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5	
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4	
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0	
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2	
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4	
2006	2 196,2	+3,4	2 326,5	+3,8	
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6	
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0	
2009	2 169,3	-4,7	2 397,1	-3,4	
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2	
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5	
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5	
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0	
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0	
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0	

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8
983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9
984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9
985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34 108	+1,4
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34763	+1,9
987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9
1990	54 518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37 516	-0,1
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37 91 1	+1,2
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1
2006	54 746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7
2008	54 377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	,	Arbeitszeit je Erwerbstät	Arbeitslosigkeit			
Jahr		Trend		w. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen²	NAIRU ³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 707	-0,9	1 706	-0,6	5,8	5,
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,
1996	1 521	-0,7	1 518	-1,0	8,5	7,
1997	1 510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,
2011	1 418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,
2012	1 418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4		
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4		
2018	1 391	-0,4	1 389	-0,4		

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abschreibungsquote
	preisbe	preisbereinigt		reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4
1983	4 502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4
1984	4 580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6
1989	4 997,6	+2,1	331,2	+7,2	4,7
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7
1995	5 810,7	+2,3	392,5	-0,2	4,6
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0
2001	6 530,4	+1,8	426,3	-3,6	4,8
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0
2004	6 741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,1
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,1

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2
1984	73,4	+2,0	76,4	+2,5	573,7	+3,9
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,0	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,7	+4,4	+5,3	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,6	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Local				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,3	7,9	7,8
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	16,9	13,0	11,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,6	15,2	15,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,6	20,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	14,6	14,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,5	6,3	5,6
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	4,5	4,4	4,2
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,8	6,8	6,7
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,4	14,0	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,3	8,2	8,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,4	7,9	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,1	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	10,2	9,4	8,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	7,4	7,1	6,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	18,7	17,2	15,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	15,5	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,6	9,3	8,8
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,3	7,2	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,1	6,2	8,3	8,4	7,6	7,2
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	6,8	6,4
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,2	11,0	9,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	8,0	7,8
EU	9,4	7,2	10,4	8,7	9,0	7,2	7,1	9,0	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	8,7	8,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

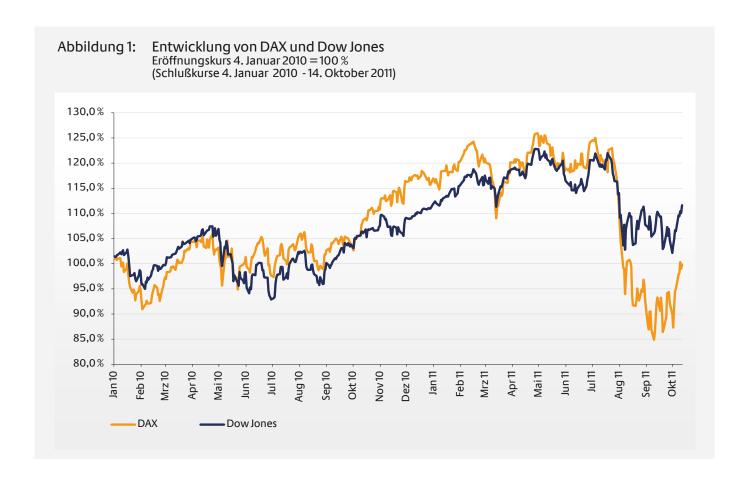
	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no Bruttoinlan	ominalen Idprodukts	;
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.

	••	
T 47	Übersicht Weltfinan	" - 1
	I IDARCICHT WAITTINGD	7 m 2 rv t A
140000	THE VVEITINAL	/

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.10.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	11 644	11 578	+0,6	9 686	12 811
Eurostoxx 50	2 355	2 793	-15,7	1 995	3 068
Dax	5 9 6 7	6914	-13,7	5 072	7 528
CAC 40	3 2 1 8	3 805	-15,4	2 782	4 157
Nikkei	8 748	10 229	-14,5	8 3 7 4	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.10.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	2,26	3,32	-	1,73	4,03
Deutschland	2,17	2,95	-0,1	1,68	3,49
Japan	1,02	1,13	-1,2	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	2,63	3,45	+0,4	2,16	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.10.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,38	1,34	+3,3	1,19	1,49
Yen/Dollar	77,21	81,52	-5,3	73,47	94,65
Yen/Euro	106,42	108,65	-2,1	101,08	134,23
Pfund/Euro	0,87	0,86	+1,6	0,81	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0	7,8	7,1	6,4	6,0
OECD	-4,7	+3,5	+3,4	+2,5	+0,2	+1,2	+2,6	+1,7	7,4	6,8	6,0	5,4
IWF	-4,7	+3,5	+2,5	+2,1	+0,2	+1,2	+2,2	+1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5	9,3	9,6	8,7	8,1
OECD	-2,6	+2,9	+2,6	+3,1	-0,3	+1,6	+2,6	+1,5	9,3	9,6	8,8	7,9
IWF	-2,6	+2,8	+2,8	+2,9	-0,3	+1,6	+2,2	+1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-6,3	+4,0	-0,9	+2,2	-1,3	-0,7	+0,3	-0,2	5,1	5,1	4,8	4,6
IWF	-6,3	+3,9	+1,4	+2,1	-1,4	-0,7	+0,2	+0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,2
OECD	-2,7	+1,4	+2,2	+2,1	+0,1	+1,7	+2,4	+1,6	9,1	9,3	9,0	8,7
IWF	-2,5	+1,5	+1,6	+1,8	+0,1	+1,7	+2,1	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9	7,8	8,4	8,4	8,2
OECD	-5,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,6	+2,4	+1,7	7,8	8,4	8,4	8,1
IWF	-5,2	+1,3	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+2,0	+2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4	7,6	7,8	8,0	7,8
OECD	-4,9	+1,3	+1,4	+1,8	+2,2	+3,3	+4,2	+2,1	7,6	7,9	8,1	8,3
IWF	-4,9	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+3,3	+4,2	+2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	+3,1	+3,0	+2,8	+0,3	+1,8	+2,9	+1,6	8,3	8,0	7,5	7,0
IWF	-2,5	+3,1	+2,8	+2,6	+0,3	+1,8	+2,2	+1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8	9,6	10,1	10,0	9,7
OECD	-4,1	+1,7	+2,0	+2,0	+0,3	+1,6	+2,6	+1,6	9,4	9,9	9,7	9,3
IWF	-4,1	+1,7	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,3	+1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	+1,7	+1,7	+1,8	-	+1,6	+2,3	+1,7	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	9,0	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	+1,8	+1,8	+2,1	+0,9	+2,0	+2,7	+1,9	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2	7,9	8,3	7,9	7,8
OECD	-2,7	+2,1	+2,4	+2,0	+0,0	+2,3	+3,6	+2,4	7,9	8,3	7,6	7,3
IWF	-2,7	+2,0	+1,7	+1,9	+0,0	+2,3	+2,9	+2,3	8,0	8,4	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8	13,8	16,9	13,0	11,5
OECD	-13,9	+3,1	+5,9	+4,7	+0,2	+2,7	+4,6	+3,0	13,9	16,8	14,2	13,0
IWF	-13,9	+3,1	+3,3	+3,7	-0,1	+2,9	+4,7	+2,1	13,8	16,9	14,8	12,8
Finnland												
EU-KOM	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2	8,2	8,4	7,9	7,4
OECD	-8,3	+3,1	+3,8	+2,8	+1,6	+1,7	+3,2	+1,6	8,3	8,4	7,9	7,1
IWF	-8,2	+3,1	+3,1	+2,5	+1,6	+1,7	+3,0	+2,1	8,3	8,4	8,0	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5	9,5	12,6	15,2	15,3
OECD	-2,0	-4,5	-2,9	+0,6	+1,3	+4,7	+2,9	+0,7	9,5	12,5	16,0	16,4
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	+1,1	+1,4	+4,7	+2,5	+0,5	9,4	12,5	14,8	15,0
Irland												
EU-KOM	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7	11,9	13,7	14,6	14,0
OECD	-7,6	-1,0	+0,0	+2,3	-1,7	-1,6	+1,3	+0,4	11,7	13,5	14,7	14,6
IWF	-7,6	-1,0	+0,5	+1,9	-1,7	-1,6	+0,5	+0,5	11,8	13,6	14,5	13,3
Luxemburg												
EU-KOM	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3	5,1	4,5	4,4	4,2
OECD	-3,6	+3,5	+3,2	+3,9	+0,0	+2,8	+4,2	+2,3	5,7	6,0	5,4	4,8
IWF	-3,7	+3,4	+3,0	+3,1	+0,4	+2,3	+3,5	+1,7	5,8	6,1	5,9	5,8
Malta												
EU-KOM	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2	7,0	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	+3,6	+2,5	+2,2	+1,8	+2,0	+3,0	+2,6	7,0	6,5	6,5	6,4
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1	3,7	4,5	4,2	4,0
OECD	-3,9	+1,8	+2,3	+1,9	+1,0	+0,9	+2,2	+1,9	3,7	4,3	4,2	4,0
IWF	-3,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,0	+0,9	+2,3	+2,2	3,4	4,5	4,4	4,4
Österreich												
EU-KOM	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1	4,8	4,4	4,3	4,2
OECD	-3,9	+2,1	+2,9	+2,1	+0,4	+1,7	+3,1	+1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
IWF	-3,9	+2,0	+2,4	+2,3	+0,4	+1,7	+2,5	+2,0	4,8	4,4	4,3	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0	9,6	11,0	12,3	13,0
OECD	-2,5	+1,3	-2,1	-1,5	-0,9	+1,4	+3,3	+1,3	9,5	10,8	11,7	12,7
IWF	-2,5	+1,4	-1,5	-0,5	-0,9	+1,4	+2,4	+1,4	9,6	11,0	11,9	12,4
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9	12,0	14,4	14,0	13,3
OECD	-4,8	+4,0	+3,6	+4,4	+0,9	+0,7	+3,9	+2,9	12,1	14,4	13,8	12,8
IWF	-4,8	+4,0	+3,8	+4,2	+0,9	+0,7	+3,4	+2,7	12,1	14,4	13,3	12,1
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1	5,9	7,3	8,2	8,0
OECD	-8,1	+1,2	+1,8	+2,6	+0,9	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-
IWF	-8,1	+1,2	+2,0	+2,4	+0,9	+1,8	+2,2	+3,1	5,9	7,2	7,5	7,2
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4	18,0	20,1	20,6	20,2
OECD	-3,7	-0,1	+0,9	+1,6	-0,2	+2,0	+2,9	+0,9	18,0	20,1	20,3	19,3
IWF	-3,7	-0,1	+0,8	+1,6	-0,2	+2,0	+2,6	+1,5	18,0	20,1	19,4	18,2
Zypern												
EU-KOM	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3	5,3	6,5	6,3	5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	+1,0	+1,7	+2,2	+0,2	+2,6	+3,9	+2,8	5,3	6,8	6,5	6,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April 2011 \& Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4	6,8	10,2	9,4	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	+0,2	+3,0	+3,5	+2,5	+3,0	+4,8	+3,7	-	10,3	8,0	6,7
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8	6,0	7,4	7,1	6,7
OECD	-5,2	+2,1	+1,9	+2,1	+1,3	+2,3	+2,6	+1,7	5,9	7,2	7,2	6,4
IWF	-5,2	+2,1	+2,0	+2,0	+1,3	+2,3	+2,0	+2,0	3,6	4,2	4,5	4,4
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0	17,1	18,7	17,2	15,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,0	+1,7	-	19,0	17,2	15,5
Litauen												
EU-KOM	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4	13,7	17,8	15,5	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,7	+1,3	+4,6	+3,8	+4,4	+1,2	+3,1	+2,9	-	17,8	16,0	14,0
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2	8,2	9,6	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,8	+3,9	+3,8	+3,8	+2,6	+4,2	+3,1	8,2	9,6	9,4	8,5
IWF	+1,7	+3,8	+3,8	+3,6	+3,5	+2,6	+4,1	+2,9	-	9,0	9,0	8,7
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0	6,9	7,3	7,2	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,3	+1,5	+4,4	+5,6	+6,1	+6,1	+3,4	-	7,6	6,6	5,8
Schweden												
EU-KOM	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6	8,3	8,4	7,6	7,2
OECD	-5,3	+5,3	+4,5	+3,1	-0,5	+1,2	+2,9	+2,4	8,3	8,4	7,5	7,0
IWF	-5,3	+5,5	+3,8	+3,5	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	8,3	8,4	7,4	6,6
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5	6,7	7,3	6,8	6,4
OECD	-4,0	+2,2	+2,4	+3,5	+1,0	+1,5	+2,2	+3,1	6,7	7,3	6,6	6,3
IWF	-4,1	+2,3	+1,7	+2,9	+1,0	+1,5	+2,0	+2,0	6,7	7,3	7,1	6,9
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5	10,0	11,2	11,0	9,3
OECD	-6,5	+1,0	+2,7	+3,1	+4,2	+4,9	+4,0	+3,3	10,1	11,2	11,5	11,0
IWF	-6,7	+1,2	+2,8	+2,8	+4,2	+4,9	+4,1	+3,5	-	11,2	11,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Stand: April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Deutschland													
EU-KOM	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	73,5	83,2	82,4	81,1	5,0	5,1	4,7	4,6	
OECD	-3,0	-3,3	-2,1	-1,2	76,4	87,0	87,3	86,9	5,6	5,6	5,5	6,0	
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6	
USA													
EU-KOM	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	84,7	92,0	98,3	102,4	-2,7	-3,3	-4,0	-4,0	
OECD	-11,3	-10,6	-10,1	-9,1	84,3	93,6	101,1	107,0	-2,7	-3,2	-3,7	-4,0	
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8	
Japan													
EU-KOM	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	217,6	223,1	236,1	242,1	2,8	3,6	1,4	1,1	
OECD	-8,7	-8,1	-8,9	-8,2	194,1	199,7	212,7	218,7	2,8	3,6	2,6	2,5	
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3	
Frankreich													
EU-KOM	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	78,3	81,7	84,7	86,8	-2,9	-3,5	-3,9	-4,2	
OECD	-7,5	-7,0	-5,6	-4,6	89,2	94,1	97,3	100,0	-2,1	-2,2	-2,6	-2,6	
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7	
Italien													
EU-KOM	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	116,1	119,0	120,3	119,8	-3,0	-4,2	-3,5	-3,3	
OECD	-5,3	-4,5	-3,9	-2,6	127,8	126,8	129,0	128,4	-2,1	-3,5	-4,1	-3,6	
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	69,6	80,0	84,2	87,9	-1,7	-2,5	-1,2	-0,1	
OECD	-10,8	-10,3	-8,7	-7,1	72,4	82,4	88,5	93,3	-1,7	-2,5	-1,5	-0,9	
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,5	-5,5	-4,9	-3,5	83,4	84,2	85,9	88,0	-2,8	-3,1	-2,6	-2,3	
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6	
Euroraum													
EU-KOM	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	79,3	85,4	87,7	88,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1	
OECD	-6,3	-6,0	-4,2	-3,0	86,9	92,7	95,6	96,5	0,0	0,2	0,3	0,8	
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,6	-0,6	0,0	0,0	
EU-27													
EU-KOM	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	74,4	80,2	82,3	83,3	-0,6	-0,5	-0,2	0,1	
IWF	-6,8	-6,6	-4,8	-4,0	72,3	78,2	80,6	81,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011 & Statistischer Anhang, Mai 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011 (die Staatsschuldenquoten der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien der EU).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	96,2	96,8	97,0	97,5	2,0	2,4	2,0	2,0
OECD	-6,0	-4,2	-3,6	-2,8	100,5	100,7	100,7	100,4	0,3	1,3	1,0	1,2
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2
Estland												
EU-KOM	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	7,2	6,6	6,1	6,9	4,5	2,8	1,8	0,1
OECD	-1,8	0,1	-0,5	-1,7	12,4	12,1	15,2	19,2	4,5	3,6	3,2	0,7
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,2	6,6	6,3	6,0	4,5	3,6	3,3	3,1
Finnland												
EU-KOM	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	43,8	48,4	50,6	52,2	2,2	3,0	2,5	2,5
OECD	-2,9	-2,8	-1,4	-0,6	52,1	57,4	62,7	66,1	2,7	2,9	3,0	3,2
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-	-		2,3	3,1	2,8	2,6
Griechenland												
EU-KOM	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	127,1	142,8	157,7	166,1	-14,0	-11,8	-8,3	-6,1
OECD	-15,6	-10,4	-7,5	-6,5	131,6	147,3	157,1	159,3	-11,0	-10,4	-8,6	-7,2
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1
Irland												
EU-KOM	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	65,6	96,2	112,0	117,9	-3,1	-0,7	1,2	1,8
OECD	-14,3	-32,4	-10,1	-8,2	71,6	102,4	120,4	125,6	-3,0	-0,7	3,7	5,3
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6
Luxemburg												
EU-KOM	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	14,6	18,4	17,2	19,0	6,9	7,8	7,8	7,6
OECD	-0,9	-1,7	-0,9	0,0	14,7	19,7	20,5	23,9	6,9	7,8	5,5	4,7
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7
Malta												
EU-KOM	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	67,6	68,0	68,0	67,9	-6,9	-4,1	-4,7	-4,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3
Niederlande												
EU-KOM	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	60,8	62,7	63,9	64,0	3,4	6,7	7,7	8,3
OECD	-5,5	-5,3	-3,7	-2,1	67,6	71,4	74,3	75,2	4,9	7,7	7,2	7,4
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2
Österreich												
EU-KOM	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	69,6	72,3	73,8	75,4	2,6	2,6	2,6	2,8
OECD	-4,2	-4,6	-3,7	-3,2	72,6	78,6	80,0	81,6	2,9	2,6	3,1	3,8
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9	_	-	-		2,9	3,2	3,1	3,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Haushaltssaldo			Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	83,0	93,0	101,7	107,4	-10,7	-9,8	-7,5	-5,2
OECD	-10,1	-9,2	-5,9	-4,5	93,1	103,1	110,8	115,8	-10,2	-9,7	-7,8	-5,5
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5
Slowakei												
EU-KOM	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	35,4	41,0	44,8	46,8	-3,2	-2,9	-2,8	-2,6
OECD	-8,0	-7,9	-5,1	-4,0	39,9	44,5	48,7	51,2	-3,2	-3,5	-2,4	-1,3
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	35,4	42,0	45,1	46,2	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	35,2	38,0	42,8	46,0	-1,3	-1,1	-1,4	-1,9
OECD	-6,0	-5,6	-5,6	-4,1	44,2	47,5	52,9	56,5	-	-	-	-
IWF	5,5	5,2	4,8	4,3	35,4	37,2	42,3	44,9	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	53,3	60,1	68,1	71,0	-5,5	-4,5	-4,1	-4,1
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	62,3	66,1	73,6	74,8	-5,2	-4,5	-2,9	-2,3
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	58,0	60,8	62,3	64,3	-7,9	-8,9	-8,1	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo			Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	14,6	16,2	18,0	18,6	-9,0	-1,5	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-3,6	-2,6	-1,5	15,6	18,0	19,7	20,0	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	41,8	43,6	45,3	47,1	3,6	5,3	5,2	5,1
OECD	-2,8	-2,9	-3,8	-3,0	52,4	55,5	57,1	60,0	3,6	5,5	5,8	5,6
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	36,7	44,7	48,2	49,4	8,6	3,6	-0,3	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-7,9	-5,3	-1,9	32,8	39,9	42,5	41,0	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	29,5	38,2	40,7	43,6	2,6	1,8	0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	29,6	38,7	43,5	45,4	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	50,9	55,0	55,4	55,1	-2,2	-3,1	-4,1	-4,1
OECD	-7,4	-7,9	-5,8	-3,7	58,4	62,4	65,6	66,3	-2,2	-3,4	-4,5	-4,8
IWF	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	50,9	55,7	56,6	57,3	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	23,6	30,8	33,7	34,8	-4,2	-4,2	-4,4	-4,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-6,5	-4,4	-3,0	29,6	35,2	37,8	37,7	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,7	0,0	0,9	2,0	42,8	39,8	36,5	33,4	6,8	6,2	6,2	5,9
OECD	-0,9	-0,3	0,3	1,4	52,0	49,1	45,4	41,1	7,0	6,3	5,5	5,5
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	35,3	38,5	41,3	42,9	-1,2	-2,3	-2,5	-1,9
OECD	-5,8	-4,7	-3,8	-2,8	42,4	46,6	49,3	50,8	-3,2	-3,8	-3,0	-3,4
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	35,4	39,6	41,7	43,4	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	78,4	80,2	75,2	72,7	-0,4	1,7	1,6	1,9
OECD	-4,4	-4,2	2,6	-3,3	84,7	85,6	79,8	80,8	0,5	2,1	2,7	1,8
IWF	-4,3	-4,1	3,9	-4,3	78,4	80,4	76,6	76,9	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Monatsl	pericht de	S RMF (ktoher 2	2 01
ivioriatsi	Jenenie ac	-3 DIVII C	ハレいいここと	_ (/)

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Oktober2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X